



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5820 Kälin

Aargauer Gemeinden plündern Altersguthaben von bereits von Armut betroffenen Menschen

Im Aargau plündern einige Gemeinden das Altersguthaben (PK-Gelder) von Menschen zur Rückzahlung der Sozialhilfe. Das steht in einem klaren Widerspruch zum Ziel und Zweck der Altersvorsorge und auch der Sozialhilfe. Altersarmut ist vorprogrammiert. Wie beurteilt der Bundesrat diese „Praxis“? Sieht er Handlungsmöglichkeiten? Wenn ja, welche?

Antwort

Die in der beruflichen Vorsorge angesparten Guthaben sind grundsätzlich für die Bestreitung des Lebensunterhalts im Alter, bei Invalidität oder bei einem Todesfall für die Hinterlassenen bestimmt.

Der Bundesrat ist klar gegen jeglichen Zwang, diese Guthaben entgegen dem Vorsorgezweck für die Rückzahlung von Sozialhilfeschulden zu verwenden. Dies läuft im Übrigen auch den Richtlinien der SKOS zuwider. Diese Richtlinien sind jedoch nicht verbindlich und der Bundesrat hat auch nicht die Kompetenz, den zuständigen Stellen im Bereich der Sozialhilfe Handlungsanweisungen zu geben. Das EDI wird diese Problematik aber mit den Kantonen im Rahmen des Nationalen Dialogs Sozialpolitik thematisieren.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5821 Strupler

COVID-19: Warum werden Zuschauer faktisch von Sportanlässen ausgeschlossen?

Der Sport lebt von der Stimmung in den Stadien. Zudem sind die Sportvereine auf die Zuschauereinnahmen angewiesen. Am 28. Oktober hat der Bundesrat die Grenze auf max. 50 Personen festgelegt.

Auf welcher Grundlage basiert diese faktische Schliessung der Sportanlässe?

Gab es Anzeichen, dass die Schutzkonzepte nicht funktionierten?

Wie viele Personen haben sich an Sportanlässen infiziert?

Wie viele Personen sind aufgrund einer Ansteckung an einem Fussball- oder Eishockeyspiel schwer erkrankt?

Frage 20.5936 Aeschi Thomas

«Stochern im Nebel» oder Evidenz für das Nicht-Funktionieren der durch Daniel Koch, Leiter Abteilung Übertragbare Krankheiten bis 31. März 2020 geprüften Schutzkonzepte?

Auf welcher Grundlage basiert die de-facto-Schliessung (max. 50 Personen) der Sportanlässe (z.B. Fussballspiele und Eishockeyspiele)? Gab es Anzeichen, dass die Schutzkonzepte nicht funktionierten? Wie viele Personen haben sich an solchen Spielen infiziert? Wie viele Personen sind aufgrund einer Ansteckung an einem Fussball- oder Eishockeyspiel gestorben?

Antwort

Grossveranstaltungen gehen mit einem erhöhten Risiko von Ansteckungen einher. Trotz konsequenter Umsetzung von Schutzkonzepten können Ansteckungen nicht ausgeschlossen werden. Bei Grossveranstaltungen ist infolge der hohen Besucherzahlen der Aufwand für das Contact Tracing beträchtlich. Die kantonalen Behörden stossen rasch an ihre Kapazitätsgrenzen. Aufgrund der starken Zunahme der Fallzahlen und der hohen Belastung der kantonalen Gesundheitsbehörden hat der Bundesrat die Obergrenze von Veranstaltungen auf 50 Personen reduziert.

Eine Aussage zur Anzahl Personen, die sich explizit an Sportanlässen angesteckt haben, ist leider nicht möglich. Die entsprechenden Informationen sind auf nationaler Ebene nicht verfügbar.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5831 Roth Franziska Diskriminierung von sehbehinderten Menschen?

Bezahlterminals mit Touchscreen statt physischer Tastatur sind für blinde Menschen noch nicht bedienbar. Die Schweiz hat sich mit der Ratifizierung der UNO-Behindertenrechtskonvention verpflichtet, Zugangshindernisse u.a. bei elektronischen Diensten abzubauen, um Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung zu ermöglichen. Was tut die Schweiz, damit blinde Menschen ihre Einkäufe auch zukünftig unter Wahrung ihrer Privatsphäre ohne Hilfe Dritter bezahlen können?

Antwort

Wo der Bund oder konzessionierte Unternehmen Dienstleistungen erbringen, besteht eine gesetzliche Verpflichtung, diese ohne Hindernisse für Menschen mit Behinderungen zu erbringen. So sind etwa die Fahrkartenautomaten der SBB so ausgerüstet, dass sie auch von Menschen mit Sehbehinderungen bedient werden können. Ein Ziel des bis Ende 2021 laufenden Schwerpunktprogramms «Digitalisierung und Barrierefreiheit» der Behindertenpolitik des Bundesrats besteht darin, über die bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen hinaus auch private Dienstleister für dieses Anliegen zu gewinnen. Dieser Rahmen erlaubt es, das sich neuerdings abzeichnende Problem mit Bezahlterminals aufzunehmen, deren Touchscreen für blinde Personen nicht autonom bedienbar ist.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5832 Roth Franziska Schlechterstellung von PatientInnen von PsychologInnen gegenüber PsychiaterInnen

Infolge der Pandemie erlaubt das BAG ambulant tätigen Psychiaterinnen vorübergehend, ihre Patienten unlimitiert aus der Distanz zu behandeln. Sogenannt «delegierte» psychologische Psychotherapeutinnen hingegen dürfen pro Quartal maximal 360 Minuten (video-)telefonische Behandlung verrechnen. Wie begründet der Bundesrat diese Ungleichbehandlung von psychologischer und ärztlicher Psychotherapie und die damit einhergehende Benachteiligung der Patient*innen von psychologischen Psychotherapeuten?

Antwort

Aufgrund der epidemiologischen Lage und angesichts des erhöhten Bedarfs an Behandlungen von psychischen Erkrankungen hat das BAG in Absprache mit den Versicherern Empfehlungen zur Abrechnung von fernmündlichen Psychotherapien im Rahmen eines Faktenblattes publiziert. Gemäss diesen Empfehlungen dürfen ambulant tätige Psychiater fernmündliche Psychotherapien analog einer Präsenzsitzung abrechnen. Ambulant tätigen Psychiatern ist es somit nicht möglich, unlimitiert fernmündliche Psychotherapien abzurechnen.

Die Leistungen der delegiert arbeitenden Psychologen können heute nur dann durch die Krankenversicherung vergütet werden, wenn sie unter ärztlicher Überwachung und in der Praxis des delegierenden Arztes erfolgen. Bei ausschliesslich fernmündlichen Therapiesitzungen ist die Aufsichtspflicht des delegierenden Arztes unter Umständen nicht gewährleistet. Entsprechend sieht der TARMED vor, dass die telefonischen Konsultationen auf 240 Minuten pro 6 Monate beschränkt sind. Somit besteht bereits im damals tarifpartnerschaftlich vereinbarten Tarif ein Unterschied bei den Limitationen. Die Empfehlungen berücksichtigen dies, beinhalten jedoch angesichts der Situation eine Erhöhung der telefonischen Konsultation auf 360 Minuten pro 3 Monate und somit im Vergleich zur Lösung vom Frühling nochmals eine Verdoppelung.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5834 Schwander

COVID-19: Wissenschaftliche Grundlage der Wirkung von Schutzmasken

Zu Beginn der Corona-Pandemie kommunizierte der Bundesrat gebetsmühlenartig, dass für die Wirksamkeit von Schutzmasken keine wissenschaftlichen Grundlagen bestünden. Heute gilt schweizweit eine Maskenpflicht im ÖV und zahlreiche Kantone kennen weitergehende Einschränkungen.

Wie rechtfertigt der Bundesrat seinen Meinungsumschwung?

Auf welcher wissenschaftlichen Grundlage hat der Bundesrat die Maskenpflicht eingeführt? Gibt es empirische Evidenz, dass Schutzmasken gegen Viren schützen?

Antwort

Zu Beginn der Pandemie wurde das Tragen von Gesichtsmasken von vielen Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation oder dem Robert-Koch-Institut nicht als prioritäre Massnahme gegen die Verbreitung des Coronavirus angesehen.

Die wissenschaftlichen Kenntnisse zur Wirkung von Masken haben sich seit Beginn der Covid-19-Pandemie verbessert. Gegenwärtig belegen diverse wissenschaftliche Studien den Nutzen von Gesichtsmasken bei der Bekämpfung des Coronavirus. Zum einen wurde in Laboruntersuchungen nachgewiesen, dass Masken sowohl dem Fremd- als auch Eigenschutz dienen. Zum anderen ergaben Untersuchungen von Ausbrüchen, dass Personen, die Masken tragen, sich seltener anstecken.

Folglich gewährleistet nach neuesten Erkenntnissen das Maskentragen allein zwar keinen hundertprozentigen Schutz, trägt aber in Kombination mit anderen Massnahmen effizient dazu bei, die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5835 Geissbühler COVID-19: Wie ansteckend sind Kinder?

Maskenpflicht in öffentlich zugänglichen Räumen und Verkehrsmittel gilt in der Schweiz nicht für Kinder unter 12 Jahren. Viele Eltern vertrauen dieser Regel jedoch nicht, sehen sie zum Beispiel, dass gewisse EU-Kinder ab 6 Jahren bereits eine Maske tragen müssen. Auf welche wissenschaftliche Basis stützt sich der Bundesrat, dass Kinder unter 12 Jahren keine Maske tragen sollen?

Antwort

Bisherige schweizerische und internationale Daten sowie die Erfahrung der medizinischen Fachexperten weisen darauf hin, dass Kinder bis 12 Jahre seltener infiziert werden, seltener Symptome haben und seltener das Virus auf andere Personen übertragen, als ältere Personen. Ab 12 Jahren nimmt das Risiko für Infektionen und Übertragungen zu, ab 16 Jahren ist das Risiko mit demjenigen von erwachsenen Personen vergleichbar. Zudem kann das korrekte und somit wirksame Tragen einer Gesichtsmaske durch kleinere Kinder kaum umgesetzt werden. Aus diesen Gründen hat der Bundesrat darauf verzichtet, für Kinder unter 12 Jahren eine Maskentragepflicht einzuführen.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5837 Zuberbühler COVID-19: Anteil importierter Corona-Fälle

Wie gross ist der Anteil der Personen ohne Schweizer Bürgerrecht, die sich im Ausland mit dem Corona-Virus angesteckt und das Virus danach in die Schweiz eingeschleppt haben? Ist der Bundesrat ebenfalls der Ansicht, dass sich die Grenzöffnung gegenüber Ländern mit Corona-Hotspots (u.a. Serbien, Albanien) rückblickend als gravierenden Fehler herausgestellt hat?

Antwort

Von den seit 16. Juli eingegangenen Meldungen haben 7 Prozent eine Ansteckung im Ausland angegeben. Dies sind umgerechnet 5'150 Fälle. Es ist jedoch zu bemerken, dass die Ärzteschaft nur bei 24 Prozent der Fälle den klinischen Befund gemeldet hat. Die effektiven Fallzahlen dürften folglich um einiges höher liegen.

Wie gross der Anteil der Personen ohne Schweizer Bürgerrecht ist, die sich im Ausland mit dem Corona-Virus angesteckt haben, ist nicht bekannt. Der Bürgerrechtsstatus wird nicht erfasst.

Bei der Wiederherstellung der Reisefreiheit im Sommer 2020 hielt sich die Schweiz an die Schengen-Koordination. Um allfällige negative Auswirkungen auf die epidemiologische Entwicklung in der Schweiz zu verhindern, etablierte der Bundesrat Anfang Juni eine Quarantänepflicht für Einreisende aus Staaten und Gebieten mit gegenüber der Schweiz erhöhten Fallzahlen.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5838 Geissbühler

COVID-19: Corona-"Heimkehrer" vom Balkan belasten Gesundheitssystem

Immer mehr Spitalbetten in der Schweiz füllen sich mit Corona-"Heimkehrern" vom Balkan. Wie viele Flüge werden aktuell durchgeführt, um diese Personen in die Schweiz zu holen? Welchen Anteil der resultierenden Kosten tragen die Patienten? Wie viel bezahlt die Allgemeinheit dafür? Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass Corona-"Heimkehrer" vom Balkan eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit sind?

Antwort

Die Anzahl der Covid-19- Patientinnen und -Patienten, welche nach der Rückkehr aus dem Balkan in der Schweiz hospitalisiert werden, ist nicht bekannt.

Der Bund führt aktuell keine Rückflüge aus dem Balkan durch, da es zurzeit genügend Linienflüge gibt. Vereinzelt werden schwerkranke Patientinnen oder Patienten aus verschiedenen Regionen von der Schweizerischen Rettungsflugwacht evakuiert. Bei diesen tragen die betroffenen Personen die Kosten selbst.

Die Quarantänepflicht hat zum Ziel, dass Einreisende aus einem Risikoland keine weiteren Personen anstecken.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5839 Schläpfer

COVID-19: Quarantänepflicht von Einreisenden aus rehabilitierten Regionen ohne wissenschaftliche Grundlage

Die Quarantänepflicht gilt ab des Inkrafttretens der relevanten Covid-Verordnung für alle Personen, die in die Schweiz zurückkehren/einreisen, unabhängig davon, wann sie abgereist sind. Zwischen dem 12.10 und dem 28.10. waren 65 Länder auf der Quarantäneliste des BAG, am 29. Oktober noch 5 Länder.

Wieso wurden vor dem 29.10 in die Schweiz Einreisende nicht nachträglich von ihrer Quarantäne befreit, obwohl die Änderung der Liste nur auf eine Zunahme der Inzidenz in der Schweiz zurückzuführen ist?

Antwort

Massgebend für die Quarantänepflicht ist die Rechtslage zum Zeitpunkt der Einreise. Diese Quarantänepflicht wird durch eine spätere Streichung des Staates oder Gebietes von der Liste nicht aufgehoben, da entscheidend ist, dass bei der Einreise ein erhöhtes Ansteckungsrisiko bestanden hat. Auch bei früheren Anpassungen der Risikoliste wurden rückwirkend keine Quarantänen aufgehoben.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5840 Addor

COVID-19: Harte Einschränkungen mit Kaffeesatz-Lesen rechtfertigen?

Mit dem Argument, harte Massnahmen hätten in der Westschweiz Schlimmeres verhindert, wird nun Werbung für den Teil-Lockdown gemacht. Ist es aus wissenschaftlicher Sicht nicht unredlich zu behaupten, man könne einem Lockdown eine epidemiologische Wirkung zuschreiben, obwohl gemäss COVID Taskforce des Bundes die unterschiedlichen Infektionszahlen der Deutsch- und Westschweiz gar nicht erklärbar sind?

Antwort

Die Westschweizer Kantone haben früher als die restliche Schweiz einen raschen Anstieg der Fallzahlen erlebt. In der Folge haben viele von ihnen einschränkende Massnahmen eingeführt. In den letzten Wochen verzeichnete die gesamte Westschweiz stark sinkende Fallzahlen. Diese Tendenz ist in den Deutschschweizer Kantonen mit wenig restriktiven Massnahmen nicht festzustellen. Im Gegenteil ist in einigen Regionen sogar ein beunruhigender Wiederanstieg der Infektionszahlen festzustellen. Das Bild ist klar: Die von den stark betroffenen Kantonen ergriffenen Massnahmen haben gewirkt und dort zu einer Trendwende geführt. Kantone mit steigenden oder über längere Zeit auf hohem Niveau stagnierenden Fallzahlen sind deshalb angehalten, ebenfalls weitergehende Massnahmen zu ergreifen.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5844 Hurter Anbindung der Schweiz – Quo Vadis?

Der Luftverkehr ist eine der am stärksten von COVID-19 Pandemie betroffenen Branchen. Die kaum vorhandene Anbindung der Schweiz an die Welt beeinträchtigt unsere Volkswirtschaft massiv.

1. Welche Strategie verfolgt der Bundesrat, um den Luftverkehr wieder zu stimulieren?
2. Inwieweit gedenkt der Bundesrat seine Test- und Impfstrategie anzupassen, um sicheres Reisen wieder zu ermöglichen?
3. Inwiefern ist die internationale Anerkennung der Test- und Impfnachweise sichergestellt?

Antwort

1. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 29. April 2020 entschieden, die Fluggesellschaften Swiss und Edelweiss bei der Überbrückung von Liquiditätsengpässen mit Garantien zu unterstützen. Auch für flugnahe Betriebe hat der Bundesrat Unterstützungen vorgesehen.
2. Der Bundesrat passt seine Teststrategie laufend dem neusten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse an. Aktuell prüft er, ob die Reisequarantäne durch den Einsatz von Antigen-Schnelltests verkürzt werden kann. Die Impfstrategie hängt von den Impfstoffen ab. Gemäss aktuellem Kenntnisstand über die Wirksamkeit der voraussichtlich verfügbaren Impfstoffe wird eine Risikogruppen-Impfstrategie angestrebt.
3. Die internationale Anerkennung von Test- und Impfnachweisen ist Gegenstand von Diskussionen auf internationaler Ebene, unter anderem im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation. Diese Diskussionen sind im Gange und auch die Schweiz ist daran beteiligt.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5846 Wettstein

Käse statt Kultur und Kultus: Fondue mit 100 Personen erlaubt, Lesung nur bis 50

Seit der Anpassung der «Covid-19-Verordnung besondere Lage» vom 2. November gilt für Restaurants weiterhin keine Obergrenze der Anzahl Personen pro Raum, sofern sie an Tischen maximal zu viert sitzen. Demgegenüber sind zu Kultur, Sport und kirchlichen Veranstaltungen nur maximal 50 Besucherinnen zugelassen. Ist der Bundesrat bereit, die Obergrenze für Veranstaltungen und Innenraum-Restaurations auf denselben Wert (z.B. 100, unter Einhaltung aller übrigen Schutzbestimmungen) anzusetzen?

Antwort

Das Contact Tracing ist ein wichtiges Instrument zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie. Veranstaltungen können dieses System viel stärker belasten und sein Funktionieren gefährden, als Restaurants. In Restaurants besteht eine Sitzpflicht. Die Durchmischung mit anderen Anwesenden ist viel geringer als bei Veranstaltungen mit vielen Personen. Mittels Gästelisten ist eine rasche Kontaktierung der betroffenen Personen möglich.

Nimmt hingegen eine infizierte Person an einer Veranstaltung teil, müssen alle andern anwesenden Personen benachrichtigt und in Quarantäne gesetzt werden. Dies kann die Kapazitäten des kantonalen Contact Tracings rasch übersteigen und damit dieses wichtige Mittel zur Bekämpfung der Pandemie ausser Kraft setzen.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5855 Rösti

Keine verschärften Vorschriften für Seilbahnkabinen

Der Bundesrat zieht zum Schutz vor Covid allenfalls Kapazitätsbeschränkungen für Kabinen von Seilbahnen in Erwägung. Ist es aber nicht so, dass es eigentlich keine verschärften Vorschriften für Seilbahnkabinen gegenüber Trams oder Bussen bräuchte? Dies zumal die Verweildauer in einer Seilbahnkabine meist deutlich kürzer ist als in öffentlichen Verkehrsmitteln, die zum Pendeln zur Arbeit benötigt werden?

Frage 20.5902 Schläpfer

Corona Schutzkonzepte in Wintersportgebieten

Die Gästebeschränkung während der Festtage in den Wintersportgebieten ist ein rigoroser Einschnitt in die Tourismusgebiete.

- Wo liegt der Unterschied zwischen einer Bergbahn und des ÖVs beim Transport der Passagiere?
- Weshalb sollen sich die Schutzkonzepte in den Wintersportgebieten von denjenigen im Rest unseres Landes unterscheiden?

Antwort

Bei der Ansteckung mit Covid-19 gilt folgender Grundsatz: Das Übertragungsrisiko steigt bei engem Kontakt mit einer infizierten Person. Im Vergleich zum öffentlichen Verkehr sind die Abstände in voll ausgelasteten Seilbahnen sehr viel geringer. Seilbahnen sind das Verkehrsmittel mit der höchsten Personendichte. Eine Kapazitätsbeschränkung ist demnach gerade in Seilbahnen aus epidemiologischer Perspektive sinnvoll. Der Bundesrat hat ferner auch Massnahmen ergriffen, um die Auslastung der öffentlichen Verkehrsmittel zu verkleinern. Namentlich sind hier die Home-Office-Empfehlung oder der Fernunterricht an Universitäten zu erwähnen.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5856 Roth Franziska

Covid-19 erhöht den Bedarf an psychologischer Psychotherapie: wann setzt der Bundesrat das Anordnungsmodell in Kraft?

In der Antwort auf die Interpellation «Gleichstellung aller Patienten von psychotherapeutischen Leistungen, unabhängig von der Krankenversicherung» (20.3729) schreibt der Bundesrat, dass bis Ende 2020 mit dem Entscheid über den Wechsel zum Anordnungsmodell bei psychologischer Psychotherapie gerechnet werden kann.

- Wird der Entscheid noch in diesem Jahr gefällt?
- Falls Nein, warum nicht resp. auf wann ist der Entscheid geplant?
- Wann werden die Verordnungen in Kraft gesetzt?

Antwort

Verschiedene Faktoren haben dazu geführt, dass der Beschluss des Bundesrats erst im 1. Quartal 2021 möglich sein wird. Die sind: der hohe Bearbeitungsbedarf aufgrund der vielfältigen Rückmeldungen aus der Vernehmlassung, die Abstimmung mit den Verordnungen zur KVG-Teilrevision Zulassung Leistungserbringer, welche am 4. November 2020 in die Vernehmlassung gegeben wurde, die Fragen der Koordination des Inkrafttretens dieser Vorlage mit der Neuregelung der psychologischen Psychotherapie sowie die Belastung der Verwaltung durch die Covid-19-Epidemie.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird Teil des Beschlusses des Bundesrates sein und kann derzeit noch nicht festgehalten werden.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5860 Egger Mike Rote Karte gegen ausländische Machtspiele!

Die Regierungen unserer Nachbarländer wollen den Schweizer Wintertourismus boykottieren. Der französische Präsident Macron kündigte «einschränkende und abschreckende» Massnahmen an, um zu verhindern, dass Franzosen ihre Skiferien in der Schweiz verbringen.

Wurden die Botschafter Frankreichs, Deutschlands und Italiens vom Bundesrat einbestellt, um diesen die Empörung der Schweiz über die offensichtlichen Drohungen und negativen Empfehlungen zu übermitteln - falls nicht, weshalb?

Antwort

Verschiedene europäische Länder überlegen sich, unter welchen Umständen Wintersport mit der aktuellen epidemiologischen Lage vereinbart werden kann. Die Schweiz steht diesbezüglich mit mehreren Ländern in Kontakt. Es ist dem Bundesrat ein zentrales Anliegen, mit diesen wichtigen Partnern eine konstruktive und einvernehmliche Zusammenarbeit zu pflegen.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5863 Schneider Schüttel Die rechtliche Beratung von Kindern besser unterstützen

Mit der Motion 19.3633 hat der Bundesrat den Auftrag erhalten, dem Parlament die Rechtsgrundlagen für eine Ombudsstelle für Kinderrechte zur Beratung vorzulegen. Die klare Mehrheit zugunsten der Motion drückt den politischen Willen des Parlaments aus, dass der Bund bezüglich der rechtlichen Beratung von Kindern in der Verantwortung steht. Welche Möglichkeiten sieht der Bundesrat, bestehende private Angebote bis zur Einrichtung der gesetzlichen Ombudsstelle stärker zu unterstützen?

Antwort

Der Bund kann heute in seiner subsidiären Rolle private Organisationen im Bereich Kinderschutz, Kinderrechte und ausserschulische Kinder- und Jugendarbeit mit Subventionen, die auf unterschiedlichen rechtlichen Grundlagen basieren, unterstützen. Im Rahmen der bestehenden limitierten Kredite werden auch nicht-gewinnorientierte Organisationen mit Beratungsangeboten für Kinder und Jugendliche unterstützt.

Die Höhe der verfügbaren Beiträge ist abhängig von der Nachfrage nach Finanzhilfen, die in den Bereichen Kinderrechte und Kinderschutz in den letzten Jahren signifikant angestiegen ist. Der entsprechende Kredit beläuft sich aktuell auf 1.1 Millionen Franken, wovon 200'000 Franken für Sensibilisierung der Kinderrechte zur Verfügung stehen. Seit einigen Jahren ist der Kredit ausgeschöpft. Vorderhand können bestehende private Angebote deshalb nicht verstärkt finanziell unterstützt werden.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5869 Heimgartner Kapazitäten für die Produktion von Generika

Aus dem Interview mit Markus Blocher von der Dottikon ES (AZ vom 30.11.) kommt hervor, dass er dem Staat angeboten hat, Generika in der Schweiz zu produzieren. Heute kommen gewisse Wirkstoffe fast ausschliesslich aus Asien.

- Wieso hat dies niemanden interessiert?
- Was wird unternommen, falls die Produkte an den geschlossenen Grenzen hängen bleiben?
- Was unternimmt der Bund, um bei solch wichtigen Gütern nicht vom Ausland abhängig zu sein?

Antwort

Dem Bundesrat ist das dargelegte Angebote bekannt. Mit verschiedenen Massnahmen trägt der Bund bereits heute dazu bei, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen, damit pharmazeutische Unternehmen ihre Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsstätten in der Schweiz ansiedeln.

Als Teil dieser Bemühungen ist das Bundesamt für Gesundheit derzeit unter dem Einbezug von wichtigen Partnern daran, einen Bericht zur aktuellen Versorgungssituation zu verfassen. Geprüft wird unter anderem, welche rechtlichen und ökonomischen Möglichkeiten die Schweiz im internationalen Verbund besitzt, um sich von der Abhängigkeit von asiatischen Ländern zu lösen und in welche Ausmass die einheimische Produktion gefördert werden kann. Erste Resultate dieser Abklärungen sollen im Verlauf von 2021 in einem breiteren Kreis diskutiert werden.

Bei handelsbeschränkenden Massnahmen im Ausland setzt der Bundesrat primär auf diplomatische Mittel. Im Frühling 2020 haben die Gespräche des Bundesrats mit der Europäischen Kommission und den Nachbarländern dazu geführt, dass die Schweiz sehr rasch von der damals geltenden EU-Ausfuhrgenehmigungspflicht ausgenommen wurde.



Ora delle domande del 7 dicembre 2020

Domanda 20.5871 Quadri

Vaccino anti-coronavirus: accelerare i tempi?

È notizia di oggi che la Gran Bretagna, come primo Paese al mondo, ha approvato l'uso del vaccino anti-coronavirus della Pfizer-BioNTech.

Già la prossima settimana il vaccino sarà disponibile nel Regno Unito con milioni di dosi.

In Svizzera, secondo le ultime informazioni, il vaccino dovrebbe essere a disposizione "nei primi mesi del prossimo anno".

Alla luce della situazione britannica, è intenzione del CF accelerare i tempi?

Risposta

A differenza della Gran Bretagna o degli Stati Uniti, in Svizzera non esiste una base legale per l'impiego di emergenza dei vaccini anti-COVID-19. Nell'adottare la legge COVID-19, il Consiglio federale e il Parlamento hanno consapevolmente rinunciato a prevedere un'omologazione d'emergenza.

L'autorità di omologazione Swissmedic deve provvedere celermente a esaminare e valutare le domande di omologazione presentate, ma senza fare concessioni dal punto di vista della qualità, della sicurezza e dell'efficacia. Con la procedura di omologazione «rolling submission» Swissmedic ha creato uno strumento che consente di verificare molto rapidamente i dati che le case farmaceutiche presentano continuamente. Non appena saranno disponibili dati sufficienti per una prima valutazione rischi-benefici, Swissmedic potrà decidere molto rapidamente in merito a un'omologazione.

Inoltre l'omologazione di un vaccino anti-COVID-19 può avvenire in modo differenziato. Ciò significa che in una prima fase il vaccino potrebbe essere omologato per una determinata fascia della popolazione, per la quale sono disponibili dati scientifici sufficienti. Altri gruppi di persone potrebbero aggiungersi in un secondo tempo, quando i relativi dati saranno presentati.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5872 Gutjahr

BAG hat Aufsichtspflicht über die SUVA, aber keine Sanktionsmöglichkeiten – was ist hier falsch?

Die FINMA kann bei den von ihr beaufsichtigten Instituten wie den Krankenkassen Kontrollen durchführen und verfügen, dass zu hoch festgelegte Prämien den Versicherten zurückerstattet bzw. verrechnet werden müssen.

1. Warum untersteht die Suva nicht der Aufsichtspflicht der FINMA?
2. Welche unabhängigen Kontrollmechanismen gibt es bei der Suva?
3. Wann wurde das letzte Mal überprüft, ob die Prämien - bei allen UVG-Versicherern - risikogerecht sowie im richtigen Prämientarif eingeordnet sind?

Antwort

1. Die FINMA hat die Aufsicht über die Versicherer, die dem Versicherungsaufsichtsgesetz unterstehen. Krankenkassen unterstehen der Aufsicht der FINMA nur betreffend das Zusatzversicherungsgeschäft. Die Suva ist eine autonome Anstalt des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit und führt nur die obligatorische Unfallversicherung nach UVG durch. Sie fällt daher nicht unter die Aufsichtspflicht der FINMA.
2. Der Bundesrat hat die institutionelle Oberaufsicht über die Suva, die operationell durch das BAG ausgeübt wird. Er genehmigt den Jahresbericht und die Jahresrechnung und nimmt vom jährlichen Bericht über die finanzielle Sicherheit der Suva Kenntnis. Daneben nimmt der 40-köpfige Suva-Rat die direkte institutionelle Aufsicht wahr. Dem BAG obliegt wie bei allen UVG-Versicherern die Vollzugsaufsicht über die einheitliche Rechtsanwendung. Die Suva verfügt über einen verantwortlichen Aktuar gemäss den Vorgaben des Versicherungsaufsichtsgesetzes und muss ihre Jahresrechnung durch eine externe Revisionsstelle ordentlich prüfen lassen.
3. Nach geltendem Recht sind die UVG-Versicherer eigenständig für die Bestimmung der Prämientarife verantwortlich. Im Abgleich mit den gesellschaftsindividuellen Risikostatistiken sowie der Gesamtstatistik überprüft das BAG die Prämientarife jährlich. Im Unterschied zur obligatorischen Krankenversicherung oder dem Privatversicherungswesen erfolgt jedoch keine Genehmigung. Die Aufsichtsbehörde hat im UVG keine diesbezügliche Kompetenz.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5885 Burgherr Zeltprovisorien aus dem Ausland?

Kann der Bundesrat bestätigen, dass im Zuge der COVID-19-Krise Zeltprovisorien (bei Testzentren, Spitälern, Waffenplätzen, etc.) aus dem Ausland beschafft wurden und kann er dabei beantworten, weshalb nicht Schweizer Anbieter, die infolge des faktischen Eventverbots extrem leiden, berücksichtigt und unterstützt werden? Es kann doch nicht sein, dass wir Milliarden Kredite zur Stützung der Wirtschaft sprechen und gleichzeitig den leidenden Unternehmen (insbes. Eventbranche) Aufträge verwehren!

Antwort

Zeltprovisorien werden von den Kantonen insbesondere zum Testen der Bevölkerung eingesetzt. Deren Beschaffung, Aufbau sowie Koordination liegt in der Zuständigkeit der Kantone. Der Bund kann sich zu deren Auswahl der Anbieter und Dienstleister deshalb nicht äussern.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5886 Herzog Verena

Missbrauch bei Attesten zur Befreiung der Maskenpflicht

Offenbar werden in zahlreichen Einzelfällen zu leichtfertig Gefälligkeitsatteste ausgestellt, so auch durch eine Berner Fachärztin, die neue Klienten zuvor nicht einmal untersucht hat. Dies ist ein Affront für alle disziplinierten Maskenträger! Vermehrt wird auch auf den sozialen Medien für Atteste geworben.

Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, damit von Ärzten Atteste zur Maskenpflichtbefreiung ausschliesslich mit klar medizinischer oder psychischer Begründung ausgestellt werden?

Frage 20.5887 Herzog Verena

Missbrauch der ärztlichen Sorgfaltspflicht bei Attesten

Wie den Medien zu entnehmen ist, werden in zahlreichen Einzelfällen zu leichtfertig Gefälligkeitsatteste ausgestellt, um beispielsweise die Maskenpflicht zu umgehen. Dieses grundsätzliche Problem wird nun in der COVID-19-Krise offensichtlich, hat aber strukturellen Charakter.

Mit welchen rechtlichen und politischen Mitteln können Ärzte, die reine Gefälligkeitsatteste oder auch Gefälligkeits-Arbeitsunfähigkeitszeugnisse ausstellen, zur Verantwortung und Rechenschaft gezogen werden?

Antwort

Eine Fachperson darf nur dann ein Attest ausstellen, wenn der betreffenden Person das Tragen einer Maske aus medizinischen oder weiteren anerkannten besonderen Gründen nicht möglich ist. Zu den Gründen gehören Gesichtsverletzungen, hohe Atemnot, Angstzustand beim Tragen einer Gesichtsmaske oder bestimmte Behinderungen, die das Tragen einer Maske unzumutbar machen.

Die Ärzteschaft ist wie andere Gesundheitsfachpersonen zur sorgfältigen Berufsausübung verpflichtet. Diese Pflicht schliesst auch die Ausstellung von Attesten ein.

Gesundheitsfachpersonen unterliegen der Aufsicht des Kantons. Es obliegt daher den kantonalen Behörden einzuschreiten, wenn leichtfertig Atteste ausgestellt werden. Auch macht sich eine Ärztin oder ein Arzt strafbar, wenn Gefälligkeitsatteste ausgestellt werden: dabei handelt es sich um eine Falschbeurkundung, die unter anderem mit einer Busse bestraft werden kann.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5889 Brenzikofer

Psychische Gesundheit während der Pandemie: Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat?

Welche Handlungsempfehlungen möchte der Bundesrat aus dem neuen Bericht im Auftrag des BAG von Stocker et al. zur psychischen Gesundheit aufnehmen und umsetzen? Besteht eine übergeordnete Strategie zum Schutz der psychischen Gesundheit der Bevölkerung?

Begründung: Viele Menschen leiden an psychischem Stress während der Pandemie. Dies trifft vor allem sozial isolierte Risikogruppen und junge Menschen. Nebst den Kantonen ist auch der Bund gefordert, Massnahmen zu ergreifen.

Antwort

Bereits zu Beginn der Corona-Pandemie hat das BAG Subventionsverträge zugunsten niederschwelliger Hilfs- und Beratungsangebote abgeschlossen, darunter die Dargebotene Hand, Pro Mente Sana und Pro Juventute. Damit wird sichergestellt, dass den Menschen in der Pandemie eine Anlaufstelle zur Verfügung steht, um über ihre Sorgen und Ängste zu sprechen.

Auch die Kampagne «Wie geht es Dir» und die kantonalen Aktionsprogramme der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz leisten einen Beitrag zum Schutz der psychischen Gesundheit der Schweizer Bevölkerung.

Das BAG initiiert zudem am 10. Dezember 2020 gemeinsam mit verschiedenen Partner einen Aktionstag zur psychischen Gesundheit, um die breite Bevölkerung für die Thematik zu sensibilisieren und auf niederschwellige Hilfsangebote aufmerksam zu machen.

Das Monitoring der psychischen Gesundheit und der psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung wird fortgesetzt. Im Frühjahr 2021 wird dazu erneut ein Bericht publiziert werden.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5908 Markwalder

Ombudsstelle Kinderrechte: Was passiert bis zur Umsetzung der Motion 19.3633?

Im September 2020 hat das Parlament dem Bundesrat mit der Motion 19.3633 den Auftrag erteilt, eine nationale Ombudsstelle für Kinderrechte einzurichten. Wie denkt der Bundesrat bis zu deren Etablierung die rechtliche Beratung von Kindern sicherzustellen, wenn er einer privaten Organisation, die solche Aufgaben heute wahrnimmt, die Mittel gegenüber dem Vorjahr um 60% kürzen will?

Antwort

Der Bund kann heute in seiner subsidiären Rolle private Organisationen im Bereich Kinderschutz, Kinderrechte und ausserschulische Kinder- und Jugendarbeit mit Subventionen, die auf unterschiedlichen rechtlichen Grundlagen basieren, unterstützen. Im Rahmen der bestehenden limitierten Kredite werden auch nicht-gewinnorientierte Organisationen mit Beratungsangeboten für Kinder und Jugendliche unterstützt.

Die Höhe der verfügbaren Beiträge ist abhängig von der Nachfrage nach Finanzhilfen, die in den Bereichen Kinderrechte und Kinderschutz in den letzten Jahren signifikant angestiegen ist. Der entsprechende Kredit beläuft sich aktuell auf 1.1 Millionen Franken, wovon 200'000 Franken für Sensibilisierung der Kinderrechte zur Verfügung stehen. Seit einigen Jahren ist der Kredit ausgeschöpft. Vorderhand können bestehende private Angebote deshalb nicht verstärkt finanziell unterstützt werden.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5911 Glättli

Mit einer Care-Offensive als Corona-Impulsprogramm mehr und bessere Care-Jobs in Pflege und Kinderbetreuung schaffen, weil Care systemrelevant ist

Zur Bewältigung der zweiten Welle schlagen wir GRÜNE eine beschäftigungswirksame und zukunftsweisende Solarenergie-, Bildungs- und Careoffensive vor. Ist der Bundesrat bereit für eine Care-Offensive im Bereich Pflege und familienergänzender Kinderbetreuung, damit in diesen Bereichen endlich genug Fachkräfte ausgebildet und die Arbeitsbedingungen verbessert werden können? Falls nein: Wieso nicht? Mit welchen anderen Massnahmen will er die erwähnten Ziele rasch erreichen?

Antwort

Der Bundesrat hat in den letzten Jahren verschiedene Massnahmen ergriffen, um die Fachkräftesituation im Gesundheitswesen zu verbessern: Mit dem Masterplan Bildung Pflegeberufe (2010 – 2015) konnte eine deutliche Steigerung der Abschlüsse bei den Fachpersonen Gesundheit (FaGe) erreicht werden. Mit der Fachkräfteinitiative-plus wurde ab 2016 ein Image- und Wiedereinstiegsprogramm lanciert. Zudem unterstützt der Bundesrat weitgehend den indirekten Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative, der eine Ausbildungsoffensive für die Pflegeberufe vorsieht.

Um dem Mangel an inländischem Pflegefachpersonal zu begegnen und die Attraktivität des Pflegeberufs zu verbessern, braucht es neben Bildungsmassnahmen aber auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Dies liegt jedoch nicht in der Kompetenz des Bundes. Stattdessen sind hier insbesondere die Institutionen der Gesundheitsversorgung aufgerufen, damit die Pflegenden ein Umfeld vorfinden, das so weit als möglich auf ihre Anliegen beispielsweise im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eingeht.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5916 Candinas

TV Spots BAG Coronavirus - wo ist das Rätoromanische?

In Bezug auf die Kampagnen des BAG zur Eindämmung des Coronavirus (insb. TV-Spots) wurde wiederholt festgestellt, dass das Rätoromanische nicht in angemessener und verhältnismässiger Art und Weise (gemäss Art. 11 und 12 SpG) berücksichtigt wird. Die Lia Rumantscha mit einem Bundesauftrag zur Erhaltung und Förderung der romanischen Sprache hat zweimal erfolglos beim BAG interveniert. Warum ist es nicht möglich, die Vorgaben des SpG in dieser Kampagne einzuhalten? Wann und wie wird das geändert?

Antwort

Es ist dem BAG ein Anliegen, dass die Coronavirus-Kampagne in allen vier Landessprachen umgesetzt wird und dass alle wichtigen Botschaften auch auf Rätoromanisch angemessen vermittelt werden.

Der aktuellste TV-Spot «Rede» ist die gekürzte Version eines Internetbeitrags, der ebenfalls eine Szene mit einem rätoromanischen Zitat beinhaltet. Diese lange Version wurde breit auf den sozialen Netzwerken eingesetzt und ausgestrahlt, wie auch auf Youtube. Jedoch war dieser für den Einsatz im TV leider zu lang. Der Entscheid einer Priorisierung der Zitate ist aus epidemiologischer Sicht gefallen. Im TV-Spot «Gemeinsam», der im Frühling ausgestrahlt wurde, kommt Rätoromanisch vor.

Bei allen Umsetzungen von BAG-Kampagnen zum Thema Corona werden Kampagnenelemente auch ins Rätoromanische übersetzt und umgesetzt. Beispiele findet man auf der Kampagnenwebsite www.bag-coronavirus.ch



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5917 Portmann Covid-19 Hotspots in Gesundheitsinstitutionen

Wie sieht die Statistik aus bei Spitälern und Pflegeheimen betreffend den Infektionsketten bei Covid-19 Ansteckungen? Wieviel der eingeschleusten Ansteckungen können Prozentual auf das Personal zurückverfolgt werden, und wieviel können Prozentual auf Besucherinnen und Besucher zurückverfolgt werden?

Antwort

Um Infektionsketten zweifelsfrei bestimmen zu können, sind aufwändige und kostspielige Analysen des Virus bei infizierten Personen nötig. Eine gesicherte Aussage darüber, wie viele Infektionen vom Personal oder Besuchenden verursacht wurden, lässt sich deshalb nicht treffen.

Seit Mitte Juli 2020 wird der vermutete Expositionsort in den Meldungen an das Bundesamt für Gesundheit erfasst. Nur für einen Sechstel der erkrankten Personen sind aber Angaben zum Expositionsort verfügbar. Dies liegt daran, dass Infizierte oft nicht wissen, wo sie sich angesteckt haben. Rund 2% davon geben als wahrscheinlichsten Übertragungsweg das Medizinal- und Pflegepersonal an.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5926 Piller Carrard

Etat de la mise en œuvre ordonnance Covid-19 accueil extra-familial

Selon les directives de l'ordonnance citée en titre, le délai de dépôt des demandes des cantons auprès de l'OFAS en vue d'obtenir le versement de la contribution de la Confédération a été fixée au 31 octobre 2020. A ce jour:

- Combien de demandes ont été prises en compte?
- Quel montant a été versé par les cantons sous forme d'indemnités pour les pertes financières des structures?
- A combien se monte la participation de la Confédération?

Réponse

Les 26 cantons ont déposé une demande. Il en ressort que les cantons ont approuvé 2264 demandes et accordé 92 millions de francs d'indemnités pour pertes financières. Certaines décisions n'étant pas définitives, ces chiffres peuvent donc encore changer. Des aides financières d'un montant de 30,4 millions de francs sont demandées à la Confédération, ce qui correspond à la participation de 33% prévue par l'ordonnance.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Frage 20.5927 Crottaz

Quelle logistique est prévue pour vacciner contre le Covid lorsque le vaccin sera disponible ?

Dans les pays voisins, en particulier en Allemagne, toute une logistique est en train d'être mise en place, avec des centres de vaccinations entièrement créés pour l'occasion. En Suisse, prévoir la vaccination de 6 millions de personnes par les cabinets médicaux et les pharmacies est illusoire. Des stratégies totalement différentes d'un canton à l'autre ne sont par ailleurs pas souhaitables. Quelle est la stratégie prévue par le CF? Quelle logistique va-t-il mettre en place? Dans quel délai?

Réponse

L'armée se charge du premier stockage des vaccins livrés. Elle développe des capacités d'entreposage spécifiques pour chaque vaccin et est également responsable de la distribution des vaccins aux cantons.

Dans un premier temps, les vaccinations auront vraisemblablement lieu dans des centres dédiés et des unités mobiles. Selon les propriétés des vaccins et les exigences logistiques, les vaccinations pourraient avoir lieu, dans un deuxième temps, dans les cabinets médicaux et les pharmacies. L'élaboration des stratégies correspondantes et le développement des centres de vaccination et des unités mobiles relèvent de la responsabilité des cantons.

Pour soutenir le travail des cantons dans toute la mesure du possible, ceux-ci sont régulièrement informés de l'avancement des travaux et de la répartition des compétences entre la Confédération et les cantons.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5932 Roduit

La recommandation sur la procédure de conciliation sera-t-elle adoptée telle quelle?

Le rapport d'évaluation des expertises AI proposait d'optimiser la procédure d'attribution des expertises mono- et bi-disciplinaires par le biais d'une procédure de conciliation afin d'en accroître l'acceptation. Il s'agit tout d'abord pour les deux parties de trouver un accord sur l'expert; à défaut chaque partie désigne un expert puis ceux-ci feront l'expertise ensemble.

L'AI adoptera-t-elle cette recommandation dans son intégralité ?

Réponse

Les recommandations relatives à une tentative de conciliation, comme elles ont été formulées dans l'étude, ont été incluses intégralement dans le développement continu de l'AI. Elles seront mises en œuvre dans l'Ordonnance sur la partie générale des assurances sociales.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5935 Studer

Ermutung zu weniger Alkoholkonsum über die Weihnachts- und Festtagszeit

Ist der Bundesrat gewillt bei den Empfehlungen über die Weihnachts- und Festtagszeit auch einen zurückhaltenden Alkoholkonsum zu empfehlen?

Während den Festtagen ist der Alkohol bei Zusammenkünften ein wichtiger Bestandteil. Je mehr an diesen Anlässen getrunken wird, je schneller gehen die momentanen Covid-19 Regeln vergessen. Sinnvoll wäre hinzuweisen, dass es sehr viele tolle Getränke-Alternativen zu Alkohol gibt.

Antwort

Das BAG empfiehlt unabhängig vom Coronavirus einen zurückhaltenden bzw. risikoarmen Alkoholkonsum. Das mittlerweile breite und attraktive Angebot an Getränken ohne Alkohol trägt dazu bei. Der Bundesrat sieht für die Feiertage jedoch keine speziellen Empfehlungen oder Kommunikationsmassnahmen vor.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5938 Aeschi Thomas

«Corona-Heimkehrer» aus dem Balkan und Wirtschaftsmigranten aus Afrika und arabischen Ländern besetzen unsere Spitalbetten

Gemäss verschiedenen Quellen (BAZ vom 1.12.20 «70% Migranten im Corona-Spitalbett», Pflegepersonal etc.) werden viele Schweizer Spitalbetten durch Corona-Heimkehrer aus dem Balkan und durch Wirtschaftsmigranten aus Afrika und arabischen Ländern belegt. Was sind die Zahlen der Corona-Fälle für Schweizer, für Schweizer mit Migrationshintergrund und für Ausländer? Ist der Bundesrat bereit, diese Quersubventionierung von Ausländern durch hart arbeitende Schweizer zu unterbinden?

Antwort

Der Bund verfügt über keine Angaben über die Nationalität der am Coronavirus erkrankten und hospitalisierten Personen. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass der Zugang zum Gesundheitswesen für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz gleichermassen gewährleistet sein muss.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5769 Steinemann Anspruch auf Kinderzulagen für Asylpersonen

Gemeinden haben festgestellt, dass die von ihr beauftragte ORS für die Asylpersonen über Jahre hinweg keine Kinderzulagen geltend gemacht haben und stehen nun vor der Frage, wer für ihren Schaden aufkommt.

Haben die vom Bund mit der Betreuung der Asylpersonen in Bundeskompetenz beauftragten Firmen stets alle Familienzulagen rechtzeitig beantragt? Wenn nein, welche Firma für welche Jahre und Zentren nicht?

Wie hoch ist der Schaden?

Wie können sich die Gemeinden schadlos halten?

Antwort

Personen aus dem Asylbereich haben Anspruch auf Familienzulagen, wenn sie erwerbstätig sind. Sie unterstehen aber während dem Aufenthalt in den Bundesasylzentren einem Arbeitsverbot. Die vom Bund beauftragten Leistungserbringer in den Bundesasylzentren haben deshalb keinen Auftrag, Ansprüche auf Familienzulagen geltend zu machen.

Dem Bundesrat ist nicht bekannt, ob die ORS es im Rahmen ihrer Leistungserbringung im Auftrag einer Gemeinde unterlassen hat, Ansprüche auf Familienzulagen geltend zu machen. Eine allfällige Haftung müsste zwischen den Gemeinden und der ORS gestützt auf den entsprechenden Vertrag geklärt werden.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5772 Steinemann Gesicherte Identitäten der Asylantragsteller

Die Identitäten wie vieler Personen, die in der Schweiz Asyl beantragt haben, sind mit fälschungssicheren Dokumenten bestätigt?

Die Identitäten wie vieler Personen, welche die Schweiz im Rahmen von Umverteilungsprogrammen aufgenommen hat, sind so gesichert?

Die Identitäten wie vieler Personen, welche die Schweiz im Rahmen der Dublin übernehmen muss, sind gesichert?

Antwort

Asylsuchende müssen gemäss Artikel 8 des Asylgesetzes im Rahmen ihrer Mitwirkungspflicht u. a. ihre Identität offenlegen. Die Identität einer asylsuchenden Person gilt als erstellt, wenn sie nachgewiesen oder zumindest glaubhaft gemacht wurde und damit die Behörde diese mit überwiegender Wahrscheinlichkeit für gegeben hält. Es wird im Rahmen des Asylverfahrens nicht statistisch ausgewiesen, ob die Identität einer asylsuchenden Person nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wurde. Hingegen wird statistisch erfasst, ob eine asylsuchende Person Identitätspapiere eingereicht hat. Ist es einer asylsuchenden Person nicht gelungen, ihre Identität glaubhaft zu machen, wird diese weder als Flüchtling anerkannt noch vorläufig aufgenommen.

Zu Frage 1: Im Jahr 2020 haben bisher 2'452 Personen, die in der Schweiz einen Asylantrag beantragt haben, Identitätspapiere abgegeben. Insgesamt wurden in der Schweiz bis Ende November 2020 10'050 Asylgesuche eingereicht.

Zu Frage 2: Im Jahr 2020 haben bislang 229 Personen, die im Rahmen des Resettlement-Programms in die Schweiz aufgenommen wurden, Identitätspapiere abgegeben. Insgesamt wurden bis Ende November 2020 511 Personen im Rahmen des Resettlement-Programms aufgenommen.

Zu Frage 3: Im Jahr 2020 haben bis dato 152 Personen, die im Rahmen des Dublin-In Verfahrens in die Schweiz überstellt wurden, Identitätspapiere abgegeben. Insgesamt wurden bis Ende November 2020 758 Personen im Rahmen des Dublin-In Verfahrens in die Schweiz überstellt.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5789 Porchet

Droit pénal sexuel: quel calendrier pour une révision attendue?

Le ministre néerlandais de la Justice et de la Sécurité vient de proposer de modifier la législation des Pays-Bas sur le viol, en y introduisant la notion de consentement. L'Espagne et le Danemark ont pris des engagements similaires. En Suisse, un projet de réforme du droit pénal sexuel devait être présenté à la fin de l'été 2020, mais pour l'instant rien. Le Conseil fédéral peut-il nous préciser le calendrier prévu et nous garantir que les ressources suffisantes pour le respecter sont allouées?

Réponse

La Commission des affaires juridiques du Conseil des États (CAJ-E) a décidé au début de l'année 2020 d'examiner de manière approfondie la nécessité d'une révision de fond des infractions contre l'intégrité sexuelle dans un projet de loi distinct et de la détacher du projet de loi sur l'harmonisation des peines qui fait actuellement l'objet de délibérations parlementaires. La CAJ-E a ainsi chargé l'administration d'élaborer des propositions en matière d'infractions contre l'intégrité sexuelle. Il est prévu que la CAJ-E traite cette question lors de sa séance de fin janvier 2021 et ouvre ensuite une procédure de consultation. Les ressources nécessaires sont allouées à l'administration.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5790 Egger Mike

COVID-19: Rückübernahme von Asylsuchenden ohne negativen Test

In den Medien (u.a. NZZ vom 6. November) konnte man lesen, dass sich gewisse Staaten weigern, Asylsuchende zurückzunehmen, wenn diese über keinen negativen Covid-19-Test verfügen. Wie geht die Schweiz vor, wenn sich renitente Staaten trotz Dublin-Übereinkommen weigern, Asylsuchende, für deren Verfahren sie zuständig sind, zurückzunehmen? Welche Staaten verhalten sich unkooperativ?

Frage 20.5833 Bircher

COVID-19: Verweigerte Tests durch Ausreisepflichtige

Ausreisepflichtige Ausländer nutzen COVID-19 aus, um ihre Ausschaffung zu verhindern. Sie verweigern den notwendigen COVID-19-Test, um ins Ausland ausgeschafft werden zu können. Wie reagieren die Schweizer Behörden, wenn sich ausreisepflichtige Ausländer weigern, einem COVID-19-Test zu unterziehen? Welche Massnahmen werden gegenüber diesen Testverweigerern ergriffen?

Antwort

Bis anhin kam es bei ausreisepflichtigen Personen nur in einzelnen Fällen zur Verweigerung von Covid-19-Tests. In diesen Fällen suchen die zuständigen Behörden jeweils das Gespräch mit diesen Personen, um sie davon zu überzeugen, dass ein COVID-19-Test vor der Ausreise im Hinblick auf die eigene Gesundheit sowie die Gesundheit ihres Umfelds wichtig ist. Wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sind, können die Kantone in diesen Fällen zudem ausländerrechtliche Administrativhaft anordnen oder verlängern. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) prüft zudem mit den jeweiligen Zielstaaten mögliche Lösungsansätze für diese Fälle. Denkbar sind dabei beispielsweise die Durchführung des COVID-19-Tests bei der Einreise in den Zielstaat oder eine Quarantäne im Zielstaat.

Aufgrund der steigenden Infektionszahlen in Europa haben alle Dublin-Staaten besondere sanitärische Massnahmen angeordnet, die Auswirkungen auf die Organisation von Überstellungen haben können. Namentlich Deutschland, Italien, Spanien, Portugal und Malta verlangen aktuell einen negativen COVID-19-Test vor der Überstellung. Die Überstellungsfrist im Dublin-Verfahren beträgt mindestens 6 Monate, so dass auch bei einer Verweigerung des Tests weiterhin eine Überstellung in Aussicht



steht. Die Schweiz verhandelt zurzeit mit den wichtigsten Partnerstaaten alternative Lösungen (z.B. Quarantänemassnahmen) bei verweigten Tests.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5814 Geissbühler Kontrolle bei bekannten Islamisten

Im November 2020 hat eine islamistische Täterin in einem Kaufhaus in Lugano wahllos Personen mit einem Messer attackiert und eine Frau schwer verletzt. Nur dank dem mutigen Eingreifen eines beherzten Paares konnte Schlimmeres verhindert werden.

1. Die Angreiferin war radikalisiert und ist dem Fedpol bekannt. Warum wurde sie nicht streng überwacht oder weggesperrt?
2. Trifft es zu, dass die Angreiferin Schweizer Bürgerin ist? Falls ja, wie kommt man dazu, einer Islamistin den Roten Pass zu geben?

Antwort

1/ Die Schweizer Bürgerin ist 2017 bei ihrer Ausreise nach Syrien polizeilich aufgefallen. Die Bundesanwaltschaft hat mangels ausreichender Verdachtselemente kein Strafverfahren eröffnet. Deshalb konnten gegen die Person keine Massnahmen zur Überwachung oder kein Freiheitsentzug angeordnet werden.

Ausserhalb eines Strafverfahrens können künftig mit dem Inkrafttreten des vom Parlament am 25.09.2020 beschlossenen Bundesgesetzes über die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus polizeiliche Massnahmen - wie zum Beispiel eine Meldepflicht, ein Kontakt- oder Rayonverbot bis hin zu einem Hausarrest - ergriffen werden, mit dem Ziel terroristische Gewalttaten zu verhindern.

fedpol verfügt gegen Ausländerinnen oder Ausländer, welche die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz gefährden, konsequent Entfernung- und/oder Fernhalte-massnahmen gestützt auf das Ausländer- und Integrationsgesetz. Gegen die Person, welche die Angreiferin in Syrien besuchen wollte, einen kämpfenden Dschihadisten, hat fedpol im Dezember 2017 ein zehnjähriges Einreiseverbot für die Schweiz und Liechtenstein verfügt.

2/ Ja, es handelt sich um eine Schweizer Bürgerin. Ihre Einbürgerung erfolgte 2003, zusammen mit der ihrer Eltern. Sie war zu diesem Zeitpunkt 10 Jahre alt.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5815 Geissbühler

Die Öffentlichkeit vor gemeingefährlichen Personen schützen!

Nach Absitzen der Haftstrafen müssen gemeingefährliche Personen grundsätzlich freigelassen werden und stellen für die Öffentlichkeit eine Gefahr dar; dies gilt vor allem für Triebtäter und Terroristen.

1. Ist der Bundesrat bereit, gefährliche ausländische Verbrecher nach dem Absitzen der Haftstrafe in jedem Fall sofort auszuweisen?
2. Wie kann die Öffentlichkeit vor gemeingefährlichen Schweizer Straftätern nach deren Freilassung wirksam geschützt werden?

Antwort

1/ Gegenüber Sexualstraftätern oder Personen, die sich wegen der Beteiligung an oder der Unterstützung einer terroristischen Organisation strafbar gemacht haben, werden durch die Gerichte schon heute obligatorische Landesverweisungen ausgesprochen. Die Landesverweisung wird vollzogen, sobald die verurteilte Person aus dem Straf- oder Massnahmenvollzug entlassen worden ist.

fedpol kann eine ausländische Person ausweisen, wenn sie die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz gefährdet. Gegenüber ausländischen terroristischen Gefährdern oder Mitgliedern krimineller Organisationen verfügt fedpol konsequent Ausweisungen. Dies auch dann, wenn diese Personen aus dem Strafvollzug entlassen wurden, aber nach wie vor als gefährlich eingestuft werden. In den Jahren 2016-2019 hat fedpol gesamthaft 23 Ausweisungen verfügt, wovon 16 vollzogen werden konnten.

2/ Zum besseren Schutz der Bevölkerung vor Terrorismus wird mit dem am 25. September 2020 vom Parlament verabschiedeten Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus das polizeiliche Instrumentarium für den Umgang mit terroristischen Gefährdern gestärkt. Das Gesetz sieht polizeiliche Mass-



nahmen wie Melde- und Gesprächsteilnahmepflichten, Kontaktverbote, Ein- und Ausgrenzungen, Ausreiseverbote sowie Hausarrest vor.

Unabhängig davon bestehen mit den strafrechtlichen Instrumenten der Verwahrung und der bereits genannten obligatorischen Landesverweisung Möglichkeiten, die Schweizer Bevölkerung vor gemeingefährlichen Personen zu schützen, die bereits straffällig in Erscheinung getreten sind.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5818 von Siebenthal Vertrag Schweiz - China

Trifft es zu, dass in einem dieser Verträge erlaubt wird, dass Chinesische Beamte frei in der Schweiz unter den tibetischen Flüchtlingen recherchieren dürfen?

Trifft es zu, dass diese auch bei Befragungen dabei sind?

Trifft es zu, dass diese Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst von China erfolgt?

Trifft es zu, dass die Verlängerung dieses Vertrages kurz bevorsteht?

Antwort

Die Vereinbarung mit China betreffend die Identifikation von mutmasslich chinesischen Staatsangehörigen mit irregulärem Aufenthalt in der Schweiz betrifft Tibeterinnen und Tibeter in keiner Weise. Bei sämtlichen Personen tibetischer Ethnie ist der Vollzug der Wegweisung nach China basierend auf einem Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts explizit ausgeschlossen. Sie werden daher den chinesischen Behörden auch niemals zur Identitätsabklärung vorgeführt. Dementsprechend betrifft die Vereinbarung einzig die Zusammenarbeit zwischen dem Staatssekretariat für Migration (SEM) und der Ein- und Ausreiseverwaltung des Ministeriums für öffentliche Sicherheit der Volksrepublik China bei der Identifikation mutmasslicher chinesischer Staatsangehöriger, welche nicht tibetischer Ethnie sind und für die ein Weg- oder Ausweisungsentscheid vorliegt. Analog zur Regelung in den über 60 Rückübernahmeabkommen, die die Schweiz mit Herkunftsländern abgeschlossen hat, bildet die Vereinbarung mit China die Grundlage für Identifikationsgespräche von mutmasslichen chinesischen Staatsangehörigen, die die Schweiz verlassen müssen.

Die betreffenden Personen werden für solche Identifikationsgespräche in den Räumlichkeiten des SEM Expertinnen oder Experten des betreffenden Staates vorgestellt, welche dafür im Rahmen einer vom SEM organisierten und begleiteten Mission in die Schweiz reisen. Welche Personen der ausländischen Delegation vorgestellt werden, entscheidet das SEM gemeinsam mit den Kantonen. Die entsprechende Delegation hat darauf keinen Einfluss. Auch werden ihr keine Daten geliefert, welche die betroffenen Personen oder ihre Angehörigen gefährden könnten. Basierend auf der Vereinbarung mit China wurde bislang erst einmal, im Jahr 2016, eine Mission mit zwei Identifikationsexperten der Ein- und Ausreiseverwaltung des Ministeriums für



öffentliche Sicherheit der Volksrepublik China durchgeführt. Der Bedarf für eine weitere Mission bestand bisher nicht.

Dass ausreisepflichtige Personen die Schweiz auch wirklich verlassen, ist für eine glaubwürdige Migrationspolitik zentral. Abkommen und Vereinbarungen im Rückkehrbereich sowie Identitätsabklärungen mit den Behörden des mutmasslichen Herkunftsstaates sind dafür wichtige Instrumente. Gerade im Falle von China ist das Migrationspotential sehr hoch. Eine Fortsetzung der geltenden Vereinbarung liegt daher grundsätzlich im Interesse der Schweiz. Ein konkreter Zeitpunkt für eine allfällige Verlängerung steht jedoch nicht fest.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5884 Aeschi Thomas

Ist der Getötete von Lengnau ein weiteres Opfer der "pfefferscharfen Umsetzung" der Ausschaffungsinitiative?

Am 11. November fand die Polizei in Lengnau BE in einer Wohnung die Leiche eines 38-jährigen Schweizers. Zwei Tage später hat die Polizei einen Verdächtigen festgenommen. Trifft es zu, dass der Festgenommene ein aus Afrika stammender, chronisch bekannter Gewalttäter ist? Weshalb wurde dieser bisher nicht ausgeschafft? Wie viele Straftaten gehen seit dem 28. November 2010 auf das Konto von Tätern, die eigentlich hätten ausgeschafft werden sollen?

Antwort

Der Bundesrat hat aufgrund der Gewaltenteilung keinen Einblick in laufende Strafverfahren.

Wer die hier erwähnte Person ist und ob sie bereits Straftaten begangen hat, die eine Wegweisung aus der Schweiz gerechtfertigt hätten, kann der Bundesrat deshalb nicht beantworten.

Der Bundesrat verfügt nicht über kriminalstatistische Angaben, wie viele Straftaten seit dem 28. November 2010 von ausländischen Personen begangen wurden, welche die Schweiz eigentlich hätten verlassen müssen.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5890 Schläpfer

Was unternimmt das SEM zur Identifikation der "Sans Papier" während der Coronakrise?

Durch die Corona-Krise werden die "Sans Papier" sichtbar. Sei es, weil sie im Gesundheits- oder Sozialbereich Hilfe brauchen.

- Was unternimmt das SEM, um diese zu identifizieren und das geltende Schweizer Recht durchzusetzen?

- Erachtet der Bundesrat die Citycard wie sie Genf verwendet und Zürich auch anwenden möchte nicht als Unterwanderung des Bundesrechts?

Antwort

Personen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten, sind grundsätzlich verpflichtet, unser Land zu verlassen. Die Kantone sind für den Vollzug ihrer Wegweisung zuständig. Das Staatsekretariat für Migration (SEM) unterstützt die Kantone bei dieser Aufgabe. Ist der Wegweisungsvollzug nicht möglich, wie dies etwa während der Corona-Krise der Fall war, können diese Personen Nothilfe gemäss Bundesverfassung beanspruchen (Art. 12 BV; SR 101). Diese gewährleistet ihnen einen Anspruch auf Hilfe und Betreuung sowie die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind. Für die Gewährleistung der Nothilfe sind die Kantone zuständig. Dabei werden eine Unterkunft, Nahrung, Kleidung und die medizinische Notfallversorgung bereitgestellt.

Der Kanton Genf hat bisher keine «City-Card» ausgestellt. Im Rahmen des Projekts «Papyrus» wurden jedoch gestützt auf das geltende Ausländerrecht Härtefallbewilligungen an Sans-Papiers erteilt.

Bei der «City-Card» handelt es sich insbesondere um eine Initiative der Stadt Zürich, die sich nicht auf das Bundesrecht abstützt. Das Ausländergesetz legt fest, dass Ausländerinnen und Ausländer in der Regel einen Ausweis erhalten, wenn die entsprechenden Bewilligungsvoraussetzungen erfüllt sind (Art. 41 AIG). Die Gemeinden oder die Kantone haben keine Kompetenz, den Aufenthalt von Sans-Papiers nach eigenen Bestimmungen mit einem Ausweis verbindlich zu regeln. Solche Ausweise wären somit rechtlich nicht verbindlich, und es könnte daraus kein rechtmässiger Aufenthalt abgeleitet werden.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5893 Pasquier **Accueil d'urgence de mineurs non accompagnés**

Suite à la destruction du camp de réfugiés de Moria, le DFJP a indiqué que 20 mineurs non accompagnés seraient accueillis en Suisse. Cette prise en charge a-t-elle été réalisée?

S'agit-il de tous les RMNA présents en Grèce qui ont de la famille en Suisse?

Une prise en charge des mineurs non accompagnés dont un membre de la famille réside en Suisse est-elle aussi activement proposée à l'Italie et l'Espagne, dans lesquelles les conditions d'accueil sont également très précaires?

Réponse

Après l'incendie du camp de Moria survenu sur l'île de Lesbos, la situation était particulièrement précaire pour 400 mineurs non-accompagnés. La présidence allemande du Conseil de l'Union européenne a coordonné l'évacuation et l'accueil de ces mineurs en coopération avec le gouvernement grec. La Suisse participe également à cet effort et a décidé d'accueillir une vingtaine d'enfants et de jeunes, indépendamment de l'existence de liens familiaux en Suisse. L'organisation du transfert de ces enfants et adolescents en provenance de Grèce est en cours. Il devrait avoir lieu avant la fin de l'année 2020, en conformité avec le protocole sanitaire approprié.

Par ailleurs en raison de la situation particulièrement précaire des mineurs non-accompagnés en Grèce, le DFJP s'est engagé en début d'année à activement promouvoir l'accueil des mineurs non-accompagnés possédant des liens familiaux en Suisse dans le cadre du règlement Dublin III. Dans le cadre de cette pratique, le Secrétariat d'Etat aux Migrations (SEM), alerté par exemple par un parent en Suisse de la présence d'un mineur non-accompagné en Grèce, a informé les autorités grecques compétentes afin qu'elles puissent introduire une demande. À ce jour, la Suisse a accueilli 54 enfants et adolescents dans ce cadre. Il est prévu qu'un autre groupe de 14 mineurs ayant des liens familiaux avec la Suisse arrivent en Suisse avec les 20 enfants et adolescents mentionnés ci-dessus.

Dans le cadre des procédures Dublin, chaque cas individuel est examiné avec soin.
Le critère du regroupement familial est déjà appliqué aujourd'hui, y compris dans les procédures Dublin avec l'Italie et l'Espagne.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5904 Addor

Evénements de Morges et Lugano: psychiatrie ou terrorisme islamiste?

Comme trop souvent à l'étranger après des actes sanglants commis au nom de l'islam, les événements de Morges et de Lugano ont donné lieu à diverses appréciations tendant à les attribuer à des troubles psychiques plutôt qu'à des mobiles liés à l'islam. Quelle est l'appréciation du Conseil fédéral: psychiatrie ou terrorisme islamiste ?

Réponse

Les questions de l'état psychiatrique des auteurs ou de leurs motivations terroristes ne s'opposent pas.

Du point de vue pénal, il appartient aux enquêteurs de déterminer les circonstances de l'attaque ainsi que le mobile ou les motivations de l'auteur. Par la suite, le juge déterminera, en fin de la procédure, sur la base des faits établis par l'enquête, si l'état psychique de la personne doit être pris en compte pour déterminer la peine.

Du point de vue du processus de radicalisation, il est connu que des antécédents psychiatriques peuvent contribuer à la radicalisation d'une personne. Les expériences à l'étranger montrent que ces auteurs – indépendamment de leur état mental – se revendiquent souvent aussi d'une idéologie extrémiste pour justifier leurs attaques. Pour le Conseil fédéral, il appartient aux enquêteurs et à la justice de qualifier les motivations des criminels.

Au-delà de cette qualification et des revendications par les auteurs, l'objectif du Conseil fédéral et des différentes autorités reste le même : la sécurité des habitants de notre pays.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5939 Aeschi Thomas

Missbrauch unseres Gesundheitssystems durch Wirtschaftsmigranten aus Afrika und arabischen Ländern

Wie viele Wirtschaftsmigranten resp. Asylsuchende aus Afrika und arabischen Ländern geben als Grund für ihre Reise in die Schweiz an, sich bei uns auf Kosten der hart arbeitenden Schweizer Bevölkerung gesundheitlich versorgen lassen zu wollen? Ist der Bundesrat bereit, diese Quersubventionierung von Wirtschaftsmigranten resp. Asylsuchenden durch hart arbeitende Schweizer zu unterbinden?

Antwort

Gemäss Artikel 18 des Asylgesetzes gilt jede Äusserung, mit der eine Person zu erkennen gibt, dass sie die Schweiz um Schutz vor Verfolgung nachsucht, als Asylgesuch. Auf Asylgesuche von Personen, die einzig medizinische Probleme geltend machen, wird nicht eingetreten. Lehnt das Staatssekretariat für Migration ein Asylgesuch ab oder tritt darauf nicht ein, so ordnet es in der Regel die Wegweisung an und prüft, ob der Vollzug derselben zulässig, zumutbar und möglich ist.

Die Gründe, weshalb eine Person um Asyl nachsucht, werden vom SEM statistisch nicht erfasst. Es kann daher auch nicht Auskunft darüber gegeben werden, wie viele Personen in der Schweiz einzig aus wirtschaftlichen oder medizinischen Gründen um Schutz ersuchen.

Mit den beschleunigten Asylverfahren wird sichergestellt, dass Asylgesuche von Personen, die offensichtlich keinen Schutzbedarf haben, rasch abgelehnt werden können respektive darauf gar nicht erst eingetreten wird.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5940 Aeschi Thomas Rückführungen nach Äthiopien sind auch während COVID-19 möglich. Weshalb macht die Schweiz davon nicht Gebrauch?

Deutschland hat Ende Okt. 2020 10 Migranten nach Äthiopien ausgeschafft (Flugzeugcharter durch Frontex). Weiter hat die EU mit Äthiopien eine Vereinbarung im Rückkehrbereich unterzeichnet (siehe auch 18.5312). Äthiopien hat der Schweiz zugesagt, dass sich auch die Schweiz auf die darin festgelegten Abläufe berufen könne. Ist diese mündliche Vereinbarung gültig? Warum hat die Schweiz an dieser Rückkehroperation nicht teilgenommen? Wann wird die Schweiz Sonderflüge nach Äthiopien organisieren?

Antwort

Anfang 2018 trat eine Migrationsvereinbarung zwischen der EU und Äthiopien in Kraft, welche im Detail die Ablaufprozesse im Bereich der Rückkehr festlegt. Die äthiopische Seite hatte der Schweiz im Anschluss mündlich zugesagt, dass sie sich ebenfalls auf die mit der EU festgelegten Abläufe berufen könne. Im Januar 2019 wurde diese Vereinbarung zwischen Äthiopien und der Schweiz formalisiert.

An dem von Deutschland organisierten Charterflug im Oktober 2020 konnten aus organisatorischen Gründen keine anderen Frontex-Staaten teilnehmen. Trotz der Corona-bedingt schwierigen Situation konnte die Schweiz im laufenden Jahr 4 polizeilich begleitete Rückführungen nach Äthiopien durchführen. Die Schweiz plant für das kommende Jahr einen Frontex-Charterflug unter ihrer Leitung.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5941 Aeschi Thomas **Widersprüche im «Fall Alain Berset»**

Im «Fall Alain Berset» hat die Bundesanwaltschaft Fotos und Dokumente vernichtet, die gemäss dem Sprecher von Bundesrat Berset auf «Instagram» hätten veröffentlicht werden können. Später wurde bekannt, dass nicht alle, sondern nur «ein Teil» der Akten vernichtet worden sei. Sieht der Bundesrat bei diesen Aussagen nicht auch Widersprüche? Findet er es richtig, dass die AB-BA und die GPK-Subkommission «Gerichte» das Handeln der BA in dieser Affäre untersucht?

Frage 20.5942 Aeschi Thomas **«Fall Alain Berset» zeigt: Mit Strafbefehlen werden Verfahren vor der Öffentlichkeit verheimlicht**

Der Strafbefehl im «Fall Alain Berset» zeigt, dass eigentlich öffentliche Verfahren hiermit durch die Staats- resp. Bundesanwaltschaft verheimlicht werden können. Dies ist nicht im Sinne des Gesetzgebers: Die Gerichtsbarkeit soll öffentlich und transparent bleiben. Welche Möglichkeiten sieht das Bundesamt für Justiz, um im Strafbefehlsverfahren erledigte Fälle für die Öffentlichkeit transparenter zu machen?

Frage 20.9543 Aeschi Thomas **«Fall Alain Berset»: Werden Magistratspersonen anders als die übrigen Schweizerinnen und Schweizer behandelt?**

Ist der Bundesrat der Meinung, dass Bundesrat Berset im durch die Weltwoche aufgedeckten «Fall Alain Berset» keine Sonderbehandlung genoss, sondern gleich behandelt wurde wie es jede andere Schweizerin und jeder andere Schweizer ohne Magistratstitel auch worden wäre?

Antwort

Der Bundesrat äussert sich grundsätzlich nicht zur Tätigkeit der Bundesanwaltschaft in Einzelfällen, so auch nicht zum Verfahren wegen versuchter Erpressung zum Nachteil von Herrn Bundesrat Alain Berset. Es ist daran zu erinnern, dass die Strafbehörden in der Rechtsanwendung vom Bundesrat unabhängig und allein dem Recht verpflichtet sind.

Allgemein kann aber gesagt werden, dass das Strafbefehlsverfahren darauf ausgerichtet ist, ein Strafverfahren ohne Gerichtsverhandlung abzuschliessen. Deshalb findet das Verfahren selber notwendigerweise ausserhalb der Öffentlichkeit statt. Dennoch sind Strafbefehlsverfahren am Ende keine Geheimverfahren: Die Strafpro-



zessordnung sieht in Artikel 69 Absatz 2 nämlich vor, dass alle interessierten Personen in Strafbefehle Einsicht nehmen können. Diese Möglichkeit bestand gemäss Auskunft der Bundesanwaltschaft auch im Verfahren betreffend Herrn Bundesrat Alain Berset.

Von dieser Einsichtsmöglichkeit macht nicht zuletzt die Presse rege Gebrauch. Die Regelung hat sich nach Ansicht des Bundesrates bewährt und war auch in der laufenden Revision der Strafprozessordnung, die zurzeit in Ihrem Rat hängig ist, nie ein Thema.

Bezüglich des erwähnten Verfahrens hat der Bundesrat keine Hinweise darauf, dass Herr Bundesrat Alain Berset anders behandelt worden wäre als eine andere geschädigte Person. Der Bundesrat hat auch keine Kenntnis davon, dass Akten vernichtet worden wären.

Schliesslich obliegt es dem Bundesrat nicht zu beurteilen, ob die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft und die GPK-Subkommission «Gerichte» das Handeln der Bundesanwaltschaft in dieser Angelegenheit zu recht untersuchen.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5825 Walder Sécurité des dissident.e.s iranien.e.s en Suisse

En juin 2018, un attentat à la bombe visant l'opposition iranienne à Paris était déjoué et les suspects, dont le diplomate A. Asadi, arrêtés par la police belge et poursuivis pour terroriste. Les services belges de renseignement accusent le diplomate d'avoir agi sur ordre de Téhéran.

Le Conseil fédéral a-t-il été informé d'activités similaires menées en ou depuis la Suisse par le régime iranien?

Le Conseil fédéral entend-il renforcer la protection des dissidents et activistes iraniens et de leurs organisations en Suisse?

Réponse

Les autorités suisses ont été informées, tant par leurs partenaires que par les médias, de l'attentat déjoué en juin 2018 contre des opposants iraniens à Paris. Après les recherches menées dans ce contexte, il est apparu que cette affaire ne présentait aucun lien avec la Suisse.

Aucune activité similaire, qui aurait été menée en ou depuis la Suisse par le régime iranien, n'a été détectée ces dernières années par les autorités suisses. Pour rappel, l'opposant iranien Kazem Radjavi avait été assassiné en avril 1990 à Coppet par un commando iranien.

Le Conseil fédéral s'appuie sur les autorités fédérales et cantonales pour assurer la sécurité de toute personne vivant sur le territoire suisse au moyen des instruments à disposition. Il n'estime pas que des mesures de protection supplémentaires s'imposent.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5866 Fivaz Fabien

Protection civile: pourquoi ne pas soutenir les cantons dès le début de la deuxième vague?

Dès le 18 novembre, le Conseil fédéral a mis à disposition des cantons 500000 jours de protection civile pour faire face à la deuxième vague. Dans de nombreux cantons, romands en particulier, la protection civile a toutefois été mobilisée un mois plus tôt, dès la mi-octobre.

Pourquoi ne pas avoir mis à disposition ces jours rétroactivement au mois d'octobre? Le Conseil fédéral pourrait-il envisager de modifier son soutien pour aider les cantons dès le début de la deuxième vague?

Réponse

La protection civile est un moyen des cantons, qui l'engagent selon leurs besoins.

Durant la deuxième vague de pandémie, c'est le régime de situation particulière qui s'applique. Depuis le mois d'octobre 2020, certains cantons ont engagé à nouveau la protection civile de manière accrue sous leur propre compétence afin de lutter contre cette deuxième vague. Le 30 octobre 2020, la Conférence gouvernementale des affaires militaires, de la protection civile et des sapeurs-pompiers (CG MPS) a invité au nom des cantons le DDPS à demander au Conseil fédéral de procéder rapidement à une deuxième convocation de la protection civile. Cette demande a été suivie le 4 novembre 2020 par une demande analogue de la part du Conseil d'État du canton de Vaud. Sur ce, le Conseil fédéral a décidé le 18 novembre 2020 de convoquer une nouvelle fois la protection civile et a mis à la disposition des cantons un contingent de 500 000 jours de service pour plus de quatre mois, soit jusqu'au 31 mars 2021.

Une convocation de la protection civile par la Confédération peut avoir lieu si la situation sur le plan national l'exige et que les cantons ne sont plus en mesure de s'entraider suffisamment. Dans ce contexte et compte tenu du principe de la compétence cantonale en matière de protection civile, le Conseil fédéral estime qu'il n'y a pas lieu non plus de prévoir un effet rétroactif pour la convocation de la protection civile dans le cadre de la deuxième vague de pandémie.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5892 Zuberbühler

Aufwand der Truppenarchivierung für die Miliz und den Bund?

Seit 2018 müssen durch die Milizstäbe vermehrt Dokumente für die Truppenarchivierung sammeln und abliefern.

1. Wie viele Stellen musste die Bundesverwaltung ausbauen, um das zusätzlich archivierte Material bearbeiten zu können?
2. Welche personellen Konsequenzen wurden für Milizstäbe getroffen, um deren Arbeitslast in Bezug auf die Archivierung zu reduzieren?
3. Wer hat entschieden, welche Dokumente seit 2018 für die Milizeinheiten neu angebotspflichtig werden?

Antwort

Die Milizformationen der Armee sind gemäss Bundesgesetz über die Archivierung gegenüber dem Bundesarchiv anbietepflichtig. Die Archivierung stellt sicher, dass die Geschichte der Schweizer Milizarmee für künftige Generationen dokumentiert ist. Die Archivierungspflicht der Armee hat sich seit 1998 nicht geändert. Seit 2018 können Unterlagen der Milizformationen jedoch nur noch digital ans Bundesarchiv übermittelt werden. Diese Veränderung hat zur Folge, dass die Unterlagen neu fortlaufend für die Archivierung aufbereitet werden. Die Arbeitslast ist indessen gleich wie vorher.

1. Die Bundesverwaltung hat keine zusätzlichen Ressourcen für die Truppenarchivierung und sieht auch nicht vor, solche aufzubauen.
2. Im Armeestab existiert ein Detachement mit 12 Milizoffizieren, das die Arbeiten der Milizstäbe anleitet und diese unterstützt. Das Detachement erfüllt einen Grossteil der Aufgaben, die mit der Archivierung einhergehen, wie zum Beispiel die Qualitätskontrolle und die Erstellung von Schulungsunterlagen.
3. Die Archivwürdigkeit von Dokumenten wird durch das Bundesarchiv abschliessend festgelegt. Archivwürdig ist indessen nur ein begrenzter Teil der Dokumente, die im Rahmen der militärischen Dienstleistungen erstellt werden. Beispielsweise die Befehle, Übungen oder Ausbildungsvorgaben.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5925 Seiler Graf Lärmmessungen bei den vier Kampffjetypen im Evaluationsverfahren

Im Frühling 2020 wurden in Payerne mit Hilfe des sogenannten ANMS (Aircraft Noise Monitoring System) Lärmmessungen bei den vier Kampfflugzeugtypen, welche im Evaluationsverfahren sind, durchgeführt:

- Wie sehen die Ergebnisse für die einzelnen Flugzeugtypen aus? - Wurden auch andere Lärmmessungen gemacht? Wenn ja, was sind die Ergebnisse?
- Welchen Einfluss hat die jeweiligen Lärmauswirkungen auf den Typenentscheid?

Antwort

Der Bundesrat verweist auf seine Antworten auf die Interpellation 19.4540 Seiler Graf, in der bereits diverse Fragestellungen zu den Lärmmessungen beim Evaluationsprozess für das neue Kampfflugzeug behandelt wurden.

Die Lärmemissionen der Kandidaten wurden in der Evaluation durch Messungen der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (EMPA) mit deren Messmitteln erhoben. Die Messresultate werden in die Kosten-Nutzen-Analyse einfließen, in der die Kandidaten miteinander verglichen werden.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5764 Friedli Esther

COVID-19: Comment les "mesures Covid-19" affectent-elles la structure économique ?

Il est évident que les mesures liées à la pandémie de Covid-19 (fermetures forcées, port obligatoire du masque) restreignent sérieusement l'économie. Toutefois, les conséquences ne sont pas les mêmes pour toutes les branches. Comment les mesures affectent-elles la structure économique ? Des différences sectorielles sont-elles perceptibles concernant les faillites ? Quelles sont les branches particulièrement touchées ?

Réponse

Les mesures du Conseil fédéral pour atténuer les conséquences des restrictions des activités économiques ont deux objectifs : d'une part, soutenir le pouvoir d'achat de la population et, d'autre part, garantir la liquidité des entreprises viables et solvables.

Certaines branches particulièrement touchées ont bénéficié de mesures d'atténuation supplémentaires : par exemple le sport, la culture, les transports publics, le transport aérien et les médias. La clause pour les cas de rigueur pourra par ailleurs soutenir les entreprises les plus impactées, comme la branche touristique par exemple.

Le nombre de faillites enregistrées au printemps et en été apparaît moins élevé que les années précédentes. Cela est probablement dû aux mesures de soutien de la Confédération. À court terme, ces mesures ont plutôt l'air de préserver les structures. Il est cependant trop tôt pour faire des déclarations générales sur les changements structurels. On peut pourtant supposer que l'accélération de la numérisation observée pendant la crise offre, d'une part, des chances aux prestataires de produits et services digitaux, comme les consultants en technologie informatique et le commerce en ligne, par exemple. D'autre part, elle représente un défi pour certains, comme par exemple les hôtels d'affaires et les villes de foire.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5786 Fivaz Fabien

3000 entreprises touchées par l'initiative sur le commerce de guerre. D'où viennent les chiffres ?

Dans le cadre de sa campagne contre l'initiative « Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre », le Conseil fédéral a prétendu que 3000 entreprises suisses seraient potentiellement touchées. Sur la base de quels critères et avec quelle méthodologie le Conseil fédéral est-il arrivé à ce chiffre ? Si c'est une étude externe, qui l'a commandée et qui l'a payée ?

Réponse

Le Conseil fédéral a communiqué que l'interdiction prévue par l'initiative affecterait de nombreux sous-traitants. Il précise qu'il ne sait pas combien d'entreprises seraient touchées par l'initiative. Le Conseil fédéral n'a jamais certifié le nombre d'entreprises concernées. Il a simplement indiqué dans le livret de votation que deux grandes entreprises d'armement ont indiqué avoir environ 3 000 sous-traitants qui pourraient être touchés par l'initiative selon le chiffre d'affaires qu'ils réalisent avec du matériel de guerre. Cette information provient de Swissmem et concerne les deux entreprises Rheinmetall Air Defence et GDELS-Mowag GmbH.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5822 Wasserfallen Christian Octroi d'une licence d'exportation

Der Bericht der G PDel stellt dem Gesamtbundesrat in Sachen Crypto AG ein schwaches Zeugnis aus. Die Nachfolgefirma hat bereits enormen Schaden erlitten. Den meisten Mitarbeitern musste im Spätsommer gekündigt werden. Die Exportbewilligungen sind immer noch nicht erteilt worden. Ist der Bundesrat bereit, die Ausfuhrbewilligungen unverzüglich zu erteilen, da gemäss GPDel keine rechtlichen Gründe dagegensprechen?

Question 20.5849 Tuena Suspension de la licence d'exportation à l'encontre de Crypto International

Der Bundesrat hat nebst der Strafanzeige gegen Unbekannt entschieden, die Exportbewilligung für die Crypto International zu sistieren. Dies hat grosse diplomatische Verwerfungen mit Schweden gebracht. Zusätzlich hat die GPDel festgehalten, dass dieser Vorgang widerrechtlich war. Wann und wie gedenkt der Bundesrat die Empfehlung 10 der GPDel umzusetzen, damit Ausfuhren wieder möglich sind, um Schaden von der Schweiz im sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Bereich abzuwenden?

Réponse

Le Conseil fédéral s'est récemment prononcé sur cette question dans sa réponse à l'interpellation Fiala (20.4180).

Il a suspendu le traitement des demandes individuelles d'exportation de deux sociétés concernées, ce jusqu'à la clôture de l'instruction par le Ministère public de la Confédération.

Les recommandations émises dans le rapport de la Délégation des Commissions de gestion des Chambres fédérales (DélCdG) font actuellement l'objet d'un examen à l'interne. Le Conseil fédéral ne s'exprime pas à l'avance sur des aspects particuliers.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5841 Romano Promotion des vins suisses

Dans ce contexte de crise, il est primordial d'assurer un financement supplémentaire pour la vitiviniculture. La priorité doit être mise sur une promotion forte.

1. Le CF est-il prêt à soutenir l'œnotourisme comme promotion des vins?
2. Le CF est-il prêt à soutenir l'exportation des vins suisses en engageant des fonds supplémentaires?
3. Le CF est-il prêt à revoir l'attribution des fonds pour la promotion dans le secteur viticole sans système de bonus?

Réponse

La Confédération fournit des efforts importants pour soutenir la filière vitivinicole dans la situation actuelle difficile. Le secteur viticole a reçu, pour 2021, un million de francs supplémentaire pour la promotion des ventes en Suisse. Cela ne va pas de soi dans le contexte actuel.

1. Des instruments de financement fédéraux existent pour promouvoir l'œnotourisme, par exemple Innotour. La promotion de l'œnotourisme favorise néanmoins en premier lieu le tourisme, et accessoirement la vente de vin. La Confédération soutient en outre la promotion de l'agrotourisme, en offrant une aide aux viticulteurs proposant de telles prestations.
2. La Confédération soutient déjà la promotion des ventes à l'étranger. Si des demandes supplémentaires concernant la promotion des exportations de vin parviennent à l'Office fédéral de l'agriculture, celui-ci les examinera. Des fonds sont disponibles. Toutefois, et en particulier en raison de la situation actuelle tendue sur le marché suisse, il doit être plausible que ces projets entraînent des ventes supplémentaires à l'étranger.
3. Le système de bonus s'applique pour toutes les demandes dans le cadre de la promotion des ventes des produits agricoles. Les projets les mieux notés lors de l'évaluation reçoivent un bonus. Le Conseil fédéral n'a pas l'intention de s'écarter de ce système, qui permet une égalité de traitement.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5847 Addor

La subordination du service civil s'avère-t-elle adaptée à l'engagement?

En 2017, le Conseil des Etats a rejeté la motion 17.3000 de la CPS-N demandant que le service civil soit transféré du DEFR au DDPS. Au vu des expériences réalisées dans le cadre de l'opération "Corona 20", ainsi que des demandes d'appui que les cantons ont adressées à la Confédération pour faire face à la "deuxième vague" de COVID-19, le Conseil fédéral considère-t-il que la subordination du service civil au DEFR plutôt qu'au DDPS a fait ses preuves ou qu'elle doit être remise en question?

Réponse

L'expérience acquise dans le cadre de la lutte contre le COVID-19 ne donne pas au Conseil fédéral de raison de reconsidérer la subordination de l'Office fédéral du service civil au DEFR.

Les demandes de soutien des autorités fédérales et des autorités civiles cantonales sont examinées et décidées de manière coordonnée dans le processus de la gestion fédérale des ressources de l'État-major fédéral Protection de la population. La coordination stratégique a lieu au sein de la Conférence des directrices et directeurs de l'État-major fédéral.

La coopération entre les acteurs impliqués, dont notamment l'organe sanitaire de coordination, le commandement des opérations de l'armée, l'Office fédéral de la protection de la population, l'Office fédéral de la santé publique, la Conférence des directrices et directeurs cantonaux de la santé et l'Office fédéral du service civil fonctionne de manière efficace et constructive. Les processus d'examen et de décision sont bien établis. La subordination organisationnelle du CIVI n'est pas un élément pertinent dans cette coopération.

Les considérations du Conseil fédéral dans sa réponse à la motion 17.3000 restent inchangées à ce stade. Avant la fin de l'année, le Conseil fédéral prendra connaissance d'un premier rapport de la Chancellerie fédérale sur l'évaluation de la gestion de crise dans le cadre de la pandémie COVID-19.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5848 Addor

Le service civil, un outil adapté aux exigences d'un service d'appui?

L'engagement des personnels du service civil, dont les effectifs sont pourtant pléthoriques, dans des délais adaptés aux demandes d'appui des cantons semble freiné par les voies de recours dont disposent ces personnels contre leur affectation à un service extraordinaire. Sur ce point, le statut des "civilistes" est-il adapté aux exigences d'un engagement d'appui et conforme au principe d'équivalence entre services militaire et civil prévu par la loi (art. 5 LSC) ?

Réponse

Les convocations à des affectations du service civil sont rendues sous la forme de décisions susceptibles de recours auprès du Tribunal administratif fédéral.

En cas de situation d'urgence et de service civil extraordinaire pour des civilistes déjà en service, d'éventuels recours n'ont pas d'effet suspensif. S'agissant des civilistes non encore en service au moment de la convocation pour un service civil extraordinaire, l'effet suspensif peut être retiré par l'Office fédéral du service civil. L'équivalence entre services militaire et civil prévue par l'article 5 de la loi fédérale sur le service civil est donc assurée, sous réserve d'un éventuel contrôle judiciaire de l'effet suspensif.

À ce jour, toutes les demandes d'engagement du CIVI traitées par le processus de gestion des ressources de l'Etat-major fédéral Protection de la population et répondant aux exigences légales ont pu être satisfaites.

Il convient de préciser encore que le service civil n'est pas légalement conçu comme une organisation de première intervention, mais comme un service de remplacement du service militaire.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5850 Baumann

Gibt es quantitative Kosten-Nutzen-Analysen für den Einsatz von anderen Pestiziden in der Schweiz?

Der Bundesrat schreibt auf meine Frage 20.5606, dass Chlorothalonil in der Schweiz eingesetzt wurde, um Nutzpflanzen vor Krankheitsschäden zu schützen und so dazu beizutragen, Ertragsverluste zu begrenzen. Eine quantitative Kosten-Nutzen-Analyse für den Einsatz von Chlorothalonil existiere aber nicht.

- Gibt es quantitative Kosten-Nutzen-Analysen für den Einsatz von anderen Pestiziden in der Schweiz?
- Kann der durch den Einsatz von anderen Pestiziden vermiedene Ernteverlust beziffert werden?

Réponse

L'utilité et les risques liés à l'utilisation d'un produit phytosanitaire sont évalués dans le cadre de l'homologation. Un produit ne peut être autorisé que s'il ne présente pas de risque inacceptable pour la santé humaine et pour l'environnement. De même, il ne peut être autorisé que s'il présente une efficacité suffisante pour assurer la protection des cultures contre l'organisme nuisible visé.

Les pertes de rendement peuvent varier de manière importante en fonction des conditions météorologiques de l'année. Celles-ci peuvent être plus ou moins favorables au développement des maladies et des ravageurs. Les pertes de rendements varient également d'une culture à l'autre.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5851 Bourgeois **Préservation dans notre pays de la production de sucre**

1) Comment le Conseil fédéral entend-il, suite à la décision de l'OFAG de ne pas permettre à nouveau le traitement des semences de betterave au « Gaucho », préserver dans notre pays les surfaces actuelles de betteraves et par le biais de quelles mesures ?

Réponse

Le maintien de l'interdiction de l'utilisation du néonicotinoïde Gaucho pour les semences de betteraves sera accompagné de l'autorisation d'utiliser des traitements foliaires. La lutte contre les pucerons vecteurs de la jaunisse virale reste ainsi possible. En outre, un programme de recherche permettant de renforcer la lutte contre cette maladie sera mis en place. Le projet d'Agroscope est fondé sur une approche systémique visant une protection durable des cultures de betteraves sucrières. Il comprend notamment l'utilisation de variétés tolérantes de betteraves, des mesures de lutte naturelle contre les pucerons et des systèmes d'aide à la décision pour des traitements ciblés. Dès que les premiers résultats seront disponibles, ils seront mis à la disposition de la pratique agricole.

Le Conseil fédéral ne fixe aucun objectif de surface à atteindre ou à préserver pour aucune culture. C'est aux agriculteurs de décider, en fonction de leur appréciation de la situation, s'ils veulent augmenter ou réduire leur production.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5852 Bourgeois Production de sucre - recherche à intensifier

1) Dans le cadre de la protection des betteraves un programme ambitieux doit être mis en place afin de rechercher des méthodes alternatives de protection des betteraves comme le développement de variétés tolérantes. Le Conseil fédéral est-il prêt à mettre les ressources et les moyens financiers pour atteindre cet objectif et dans quel délai estime-t-il pouvoir avoir les premiers résultats ?

Réponse

Agroscope est chargé de développer un programme de recherche visant une protection durable des cultures de betteraves sucrières. Ce programme est fondé sur une approche systémique de la protection des cultures et sur le développement et la mise en œuvre cohérente de mesures préventives et curatives. Lorsqu'elles sont soigneusement combinées, ces mesures doivent permettre la protection globale des cultures. Cette approche prévoit la participation de la pratique agricole, des services de conseils et des équipes de recherche interdisciplinaires d'Agroscope et de l'Institut de recherche de l'agriculture biologique (FiBL). Le financement est assuré via les gains d'efficacité lié à la réorganisation d'Agroscope.

Le programme de recherche est prévu sur une durée de huit ans. Dès que les premiers résultats seront disponibles, ils seront mis à disposition de la pratique agricole en vue d'améliorer progressivement la protection durable de la culture de betteraves.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5853 Bourgeois

Production de sucre - rotation des cultures appropriée

L'OFAG n'a pas voulu permettre à nouveau le traitement des semences de betterave au « Gaucho » par rapport aux risques pour les pollinisateurs. Dans ses explications l'OFAG parle de la persistance dans le sol de l'imidaclopride qui pourrait ensuite être absorbé par d'autres plantes à fleurs. Combien de temps cette substance persiste-t-elle dans le sol et ne peut-on pas résoudre ce problème par le biais d'une rotation des cultures appropriée ?

Réponse

L'imidaclopride est une substance qui se dégrade lentement dans le sol. Les données à disposition du service d'homologation montrent qu'il faut entre 345 et 757 jours pour que la substance se dégrade de 90 %. L'utilisation de cette substance dans les cultures de betteraves a été interdite dès 2019 en raison d'un risque pour les pollinisateurs dans les cultures qui suivent une culture de betteraves traitée au Gaucho. Le service d'homologation ne dispose pas de nouvelles données scientifiques suffisantes permettant d'établir quelle rotation serait appropriée pour exclure un risque pour les pollinisateurs.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5862 Pointet

Est-ce que tous les risques pour l'approvisionnement économique du pays sont analysés ?

L'approvisionnement économique du pays s'est trouvé sous les projecteurs et le risque de dépendances dans les chaînes de livraison mis en lumière.

Hors pandémie, il est possible, à un pays ou un groupe de pays, de manipuler le marché de l'approvisionnement dans des buts stratégiques, par exemple en coupant les livraisons pour déstabiliser un pays tiers.

Est-ce que la confédération analyse ce type de risques et est-ce que cette analyse est considérée dans les mesures prises par l'OFAE ?

Réponse

L'Approvisionnement économique du pays (AEP) prend en considération, dans ses analyses de risques et de vulnérabilités, les restrictions à l'exportation imposées par d'autres pays et les interruptions de livraisons de biens vitaux imputables à des motifs d'ordre politique. Ces analyses de risques et de vulnérabilités font l'objet d'une réévaluation tous les quatre ans et servent de base au réexamen de l'orientation stratégique de l'AEP. La prochaine analyse de risques complète portant sur l'ensemble des processus d'approvisionnement vitaux sera effectuée en 2021. Une attention particulière sera une nouvelle fois accordée à la vulnérabilité des possibilités d'importation en raison de conflits ou de luttes d'influence politique, notamment dans les secteurs de l'approvisionnement qui sont fortement dépendants des importations, tels que les carburants fossiles ou les médicaments.

L'efficacité et l'applicabilité de la stratégie et des mesures de l'AEP seront ensuite réexaminées sur la base de ces analyses en vue de permettre une réaction ciblée en cas de pénurie grave.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5868 Lohr **Langfristige Arbeitsplätze durch Kurzarbeit erhalten**

Mehr als die Hälfte der Temporärarbeitsverhältnisse ist bei hohen Anstellungspensen unbefristet. So setzen Industrie- und Dienstleistungsfirmen oft gut eingearbeitetes Personal ein, das unbefristet beim Temporärunternehmen angestellt und für einen vergleichsweise langen Zeitraum für den gleichen Einsatzbetrieb tätig ist. Wieso will der Bundesrat bei solchen Arbeitsplätzen mit Perspektive auf langfristigen Erhalt nicht mittels Kurzarbeit Entlassungen vermeiden?

Réponse

Une nouvelle extension du droit aux indemnités en cas de réduction de l'horaire de travail pour les employés temporaires doit être rejetée.

D'une part, ce type de relation de travail est, de par sa nature, exposé aux fluctuations cycliques. Or, les indemnités en cas de réduction de l'horaire de travail sont destinées à préserver des emplois durables.

D'autre part, nous avons constaté un risque d'abus important. En effet, il appartient à l'entreprise de travail temporaire de demander des prestations en cas de réduction de l'horaire de travail pour les travailleurs qu'elle a placés auprès d'une entreprise touchée par le chômage partiel. Cependant, il est arrivé que l'entreprise touchée par le chômage partiel réclame aussi des indemnités pour les mêmes travailleurs.

Or, ces doubles paiements sont extrêmement difficiles à détecter par les autorités compétentes de l'assurance-chômage en raison de la procédure de règlement sommaire.

C'est pourquoi, le Conseil fédéral a renoncé à proposer cette mesure.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5874 Grin

Ces dernières années la production de betteraves sucrières est en forte baisse, si cela continue la pérennité de nos deux sucreries sera en grand danger!

- Le C. F. va-t-il soutenir le maintien de deux sucreries en Suisse?
- La recherche agronomie avance, mais n'aurait-il pas fallu permettre aux agriculteurs d'utiliser le Gaucho encore 2 ou 3 ans comme dans les pays voisins, dans l'attente que des variétés résistantes soient à la disposition des agriculteurs ?
- Le C. F. va-t-il mettre des restrictions pour l'importation du sucre étranger produit avec l'utilisation du Gaucho?

Réponse

Sucre Suisse SA est une entreprise de droit privé établie sur deux sites de production. Il appartient à ses organes dirigeants, et non au Conseil fédéral, de décider de la meilleure manière de faire face aux fluctuations de production de la betterave sucrière.

Les conditions pour une ré-autorisation exceptionnelle du produit Gaucho ne sont pas remplies. Compte tenu de la nécessité de protéger les betteraves des dégâts liés au virus de la jaunisse, un programme ambitieux de recherche est actuellement mis en place. Les résultats de ce programme ne sont pas attendus sur le court terme. C'est pourquoi, l'Office fédéral de l'agriculture (OFAG) a accordé une autorisation exceptionnelle pour deux insecticides. Cela permettra de pouvoir intervenir en 2021 pour protéger les cultures de betteraves, en cas de nécessité.

Le Conseil fédéral ne prévoit pas de restrictions pour l'importation de sucre produit à partir de betteraves traitées au Gaucho. Il ne voit aucune possibilité de mettre en œuvre une telle mesure d'une manière qui soit compatible avec les obligations internationales de la Suisse, et en particulier avec le droit de l'Organisation mondiale du commerce OMC.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5877 Schneider Schüttel

Wie soll die Pflanzenschutzmittel-Datenbank für die Hobbyanwendung konkret überarbeitet werden?

Auf meine Frage 20.4183 antwortet der Bundesrat: "Zurzeit wird ein Projekt zur Überarbeitung der verwendeten Datenbank durchgeführt. Eines der angestrebten Ziele ist es, den Zugang zu Informationen für die Nutzerinnen und Nutzer zu verbessern."

- Wie plant der Bundesrat konkret, die Datenbank informativer und benutzerfreundlicher zu gestalten? Welche Informationen sollen neu zugänglich bzw. auch künftig nicht zugänglich sein?
- Bis wann will er, diese Überarbeitung abschliessen?

Réponse

Le projet est en cours et il n'est pas encore possible de donner des détails sur les modifications de la base de données. Le projet vise à faciliter la recherche d'informations sur les propriétés des différents produits phytosanitaires, par exemple le risque pour les abeilles. Cela permettra une sélection des produits, sur la base de leurs propriétés. Le projet devrait être terminé début 2024.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5878 Schneider Schüttel **Verbot der Abgabe von Pestiziden an Hobbyanwenderinnen**

Der Bundesrat antwortet auf die Fraktionsmotion 20.3831, dass die Abgabe von Pestiziden, die beruflichen Anwenderinnen vorbehalten sind, an nicht-berufliche Anwenderinnen verboten wird.

- Wie viele Wirkstoffe und Produkte betrifft das Verbot, wie viele bleiben für Private erlaubt?

- Wie werden die Verkaufsstellen informiert und wie sollen sie sicherstellen, dass berufliche AnwenderInnen die für sie zugelassenen PSM beziehen können, an Private aber nicht verkauft werden?

Réponse

L'interdiction de remise à des utilisateurs non-professionnels porte sur 293 substances actives et 1250 produits. 380 produits, contenant 77 substances actives différentes, sont toujours autorisés pour un usage par des non-professionnels.

Le Conseil fédéral a communiqué l'introduction de l'interdiction de remise à des utilisateurs non-professionnels pour ces produits. Les produits phytosanitaires autorisés pour un usage non-professionnel doivent également porter une mention spécifique sur leur étiquette. Les cantons sont responsables du contrôle de cette disposition.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5881 Klopfenstein Broggin Des betteraves sucrières à quel prix ?

Selon la faïtière suisse du sucre, la sucrerie d'Aarberg aurait enregistré, depuis le 24 septembre, une baisse de rendement de 5,4% tandis que la sucrerie de Frauenfeld aurait des rendements augmentés. L'ensemble des rendements serait supérieur à 2018. De son côté la société suisse de betteraviers parle d'un rendement diminué de 30 à 50%.

Sur quelles sources le Conseil fédéral s'est-il appuyé pour introduire les pesticides Movento et Gazelle, à la place du Gaucho, dans les cultures de betteraves

Réponse

Selon le dernier rapport des sucreries du 1^{er} décembre 2020, la teneur moyenne en sucre des betteraves livrées à la sucrerie d'Aarberg est de 15,8 %, alors qu'elle se situe à 17,5 % pour la sucrerie de Frauenfeld. Les rendements de betteraves bruts par hectare sont de 65 tonnes à Aarberg et de 90 tonnes à Frauenfeld. Ces chiffres présentent donc un rendement en sucre inférieur de 34,8 % dans la région fournissant les betteraves à Aarberg, en comparaison avec la région de Frauenfeld.

Cette année, la jaunisse virale a été particulièrement virulente en Suisse romande et dans le Seeland bernois. Les données des sucreries confirment malheureusement les données de la littérature sur lesquelles s'est fondé l'Office fédéral de l'agriculture pour accorder une autorisation exceptionnelle pour les deux insecticides Movento et Gazelle. La littérature mentionne des pertes de rendement par parcelle jusqu'à 50 %.

Une comparaison avec les données de 2018 n'est en revanche pas pertinente, en raison de la sécheresse qui a sévi cette année-là.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5903 Porchet

Sexisme et homophobie à l'EPFL: quelle réaction?

Chants homophobes, agressions sexuelles, harcèlement, remarques sexistes, complicité de certains responsables... Voilà ce que relève à l'EPFL un compte de témoignage sur les réseaux sociaux, relayé par le média en ligne Heidi.news. En conséquence des étudiantes vont jusqu'à quitter l'école. Comment le Conseil fédéral compte-t-il réagir à ce qui est dénoncé par les étudiantes comme une culture sexiste et homophobe inhérente à toute cette institution sous la responsabilité de la Confédération?

Réponse

Le Conseil fédéral ne tolère aucune forme de harcèlement sexuel ou de discrimination au sein de l'administration fédérale, ni centrale ni décentralisée. Il attend des employeurs qu'ils prennent au sérieux tout incident éventuel, qu'ils procèdent à une enquête complète et qu'ils instaurent les mesures nécessaires.

Le Conseil fédéral salue le fait que l'EPFL a déjà mis sur pied un certain nombre de mesures concrètes. L'EPFL a en particulier décidé en juillet 2020 de la création d'une vice-présidence qui sera en charge, entre autres, du développement d'une culture plus inclusive de la diversité.

De plus, le Conseil fédéral traite la thématique à travers les objectifs stratégiques pour le domaine des EPF. Ainsi, il attend des EPF qu'elles offrent des formations spécifiques et un suivi à tous les niveaux hiérarchiques pour promouvoir une éthique de travail fondée sur l'intégrité. En outre, il attend que le domaine des EPF veille à l'égalité des chances, encourage la diversité et s'efforce de manière générale d'augmenter la proportion de femmes à tous les niveaux. Le Conseil fédéral examine chaque année la réalisation des objectifs et la thématise avec le Conseil des EPF.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5912 Glättli

Mit einer Weiterbildungs- und Umschulungs-Offensive als Corona-Impulsprogramm Zukunfts-Jobs schaffen

Bewältigung der zweiten Welle schlagen wir GRÜNE eine beschäftigungswirksame und zukunftsweisende Solarenergie-, Bildungs- und Care-Offensive vor. Ist der Bundesrat bereit, Bildungsgutscheine insbesondere für Personen in Kurzarbeit und in Arbeitslosigkeit einzuführen, um deren Chancen auf Weiterbildung zu erhöhen und neue Zukunftsperspektiven zu schaffen? Falls nein: Wieso nicht? Mit welcher anderen raschen Massnahmen fördert er die Weiterbildung/Umschulung Betroffener zusätzlich?

Réponse

Le système éducatif offre à la fois des possibilités de formation continue (upskilling) et de requalification (reskilling). Le système de formation professionnelle et continue en Suisse est un système flexible. Les offres de formations formelles et informelles sont constamment développées grâce au partenariat entre la Confédération, les cantons et les organisations du monde du travail. La formation professionnelle est caractérisée par un niveau élevé de mobilité. Par exemple, 50 % des personnes qui acquièrent un CFC travaillent dans une autre profession cinq ans plus tard.

Une planification de la formation continue centralisée par la Confédération n'est pas souhaitable. D'une part, les besoins de formation continue sont très individuels ; l'Etat ne peut pas répondre précisément aux besoins des individus ni à ceux des secteurs économiques. D'autre part, tout besoin de formation continue dépend des compétences requises par la branche concernée ; l'Etat ne saurait se substituer aux branches économiques. Par conséquent, des offres ciblées et des solutions cantonales doivent être préférées à des systèmes nationaux, tels que des bons de formation.

Si des personnes ont un besoin de formation complémentaire, il est important qu'elles trouvent où s'informer et qu'elles suivent les cours appropriés. C'est là que la Confédération intervient avec les cantons. Par exemple, à partir de 2021, des évaluations gratuites de la situation professionnelle pour les adultes de plus de

quarante ans seront proposées dans onze cantons. Si les personnes touchées par des suppressions d'emplois ne peuvent pas accéder à de nouveaux métiers ou secteurs par manque de compétences, l'assurance-chômage peut, après une évaluation des besoins individuels, soit couvrir une partie de la perte de salaire au moyen d'allocations de formation, soit rembourser les coûts des cours ou modules de formation continue. Ici aussi, il est important de se concentrer sur les besoins individuels autant que sur les besoins concrets du marché du travail.

Dans le cadre de l'initiative « Formation professionnelle 2030 », la Confédération, les cantons et les organisations du monde du travail proposent un grand nombre de projets traitant des aspects de l'apprentissage tout au long de la vie. C'est la condition pour disposer d'un système de formation permettant la réinsertion et la requalification.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5914 Portmann

Versagen der Unia-Arbeitslosenkassen bei der Auszahlung von Covid-19 Kurzarbeitsentschädigungen

Verschiedenste Gastgewerbebetriebe mussten über 6 Monate lang zuwarten, bis ihnen von den Unia Arbeitslosenkassen die Kurzarbeitsentschädigungen ausbezahlt wurden. Unia begründete dies mit geringen Arbeitspensen ihrer Sachbearbeiterinnen. Wie lauten die vertraglichen Vorgaben an die Unia zur Erfüllung der Aufgaben im Führen von Arbeitslosenkassen, und wie hoch sind die jährlichen Entschädigungen an die Unia für diese staatlichen Aufgaben?

Réponse

Depuis le début de la crise, le nombre de décomptes de chômage partiel – RHT – est passé, en moyenne, d'une centaine à 150'000 par mois. En 2019, 28 millions de francs ont été payés pour la RHT, alors que cette année, au pic de la crise, les paiements ont dépassé les 100 millions de francs par jour. Il s'agit d'une augmentation sans précédent.

Toutes les caisses de chômage, publiques et privées, ont dû engager et former des ressources supplémentaires dans des délais extrêmement courts. Les effectifs ont été renforcés de plus de 30% et des procédures d'engagements sont toujours en cours pour traiter un tel afflux de décomptes.

En règle générale, l'indemnité de chômage partiel prévue dans la loi sur l'assurance-chômage doit être versée dans un délai d'un mois, pour autant que toutes les conditions soient remplies et que les documents requis soient fournis. Les entreprises ont un délai de trois mois pour faire valoir leurs prétentions auprès de la caisse de chômage. Comme de nombreuses entreprises ont été confrontées pour la première fois à la RHT pendant la crise, il a fallu exiger des documents supplémentaires et apporter des corrections dans la moitié des cas. Il n'est donc pas à exclure que, dans certains cas plus complexes, la procédure d'examen et de paiement ait pris plus de temps. Ceci aussi bien dans les caisses privées que dans les caisses publiques.

En 2019, l'indemnisation versée à la caisse de chômage UNIA s'élevait à 46,4 millions de francs.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5933 Trede

Warum braucht es nur so wenige Kontrollen, betreffend die korrekte Anwendung von Pflanzenschutzmitteln?

Laut Antwort auf meine Frage 20.5731 soll der Einsatz von Pestiziden künftig mit 1'000 Pflanzenproben pro Jahr analysiert werden, zehnmal so viel wie heute (Kostenpunkt: CHF 0,5 Mio.). Bei rund 50'000 Landwirtschaftsbetrieben findet künftig also auf jedem davon einmal in 50 Jahren eine solche Probe statt, betreffend die korrekte Verwendung von für Mensch und Umwelt zum Teil hochtoxischen PSM (bisher alle 500 Jahre).

- Warum sollte das reichen?
- Wer bezahlt schlussendlich die CHF 500 pro Probe?

Réponse

Premièrement, l'analyse d'échantillons de plantes en laboratoire est plus efficace que la vérification des enregistrements faits par les agriculteurs concernant leur utilisation de produits phytosanitaires. Les enregistrements ne sont, en effet, que des auto-déclarations. Deuxièmement, les contrôles des enregistrements des produits phytosanitaires utilisés ne seront pas totalement supprimés, mais réduits. Les deux méthodes de contrôle continuent donc d'exister. L'augmentation du nombre d'analyses en laboratoire est un élément important du nouveau système de contrôle fondé sur le risque. Il est prévu de contrôler, au moyen d'analyses en laboratoire, surtout les exploitations affectées aux grandes cultures et aux cultures spéciales.

Au chiffre 5.1.9.3 du Message sur la politique agricole 2022+, le Conseil fédéral propose qu'à l'avenir, l'utilisation des produits phytosanitaires soit contrôlée principalement par des analyses en laboratoire d'échantillons de plantes. Avec un financement fédéral d'environ un demi-million de francs par an, ce sont environ mille échantillons de plantes par an qui seront analysés. Ces moyens financiers proviennent de la Caisse fédérale et seront compensés sur le crédit des paiements directs.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5934 Trede

Versucht der Bundesrat, mit seiner Antwort die Grösse des Problems zu kaschieren?

Auf die Ip. 19.4531 antwortete der Bundesrat: «Das Optimierungskonzept soll die identifizierten Schwächen verbessern und dabei auf den Stärken, die ebenfalls im Bericht der KPMG AG erwähnt werden, aufbauen.» In Anerkennung der hohen Qualität von Verwaltungsarbeit auf allen Ebenen:

- Welche der im KPMG-Bericht auf Seite 6 zusammengefassten Stärken gehen (deutlich) über das Mass hinaus, das von Verwaltungseinheiten in einem finanziell stabilen Rechtsstaat grundsätzlich erwartet werden?

Réponse

Les points forts mentionnés dans ce rapport sont certainement des qualités qui peuvent être attendues des services de la Confédération. Comme mentionné dans la réponse à l'interpellation 19.4531, il s'agit de veiller à améliorer les points faibles, sans remettre en question les points forts identifiés par KPMG.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5766 Klopfenstein Bröggini

Comment la Confédération entend-elle encourager les gouvernements cantonaux à protéger la biodiversité ?

Le Conseil fédéral a répondu la question 20.5616, qu'il «est conscient de l'importance d'une biodiversité riche et d'écosystèmes résilients pour assurer durablement la prospérité de la société.» Pourtant, la biodiversité se dégrade, année après année.

- Dans le cadre de ses tâches: Comment la Confédération entend-elle encourager les gouvernements cantonaux à protéger la biodiversité? Par exemple en réformant, en réduisant ou en éliminant les effets néfastes des subventions sur la biodiversité?

Réponse :

Depuis 2008, les conventions-programmes sont le principal instrument pour la mise en oeuvre des objectifs en matière de biodiversité. Elles sont conclues entre la Confédération et les cantons. En principe, les coûts des mesures sont répartis à parts égales entre Confédération et cantons.

Le financement des mesures urgentes en faveur de la biodiversité approuvées par le Conseil fédéral en 2016 a été prolongé jusqu'en 2024 et renforcé. En 2019, le Conseil fédéral a débloqué un total de 232 millions de francs pour des mesures urgentes d'assainissement et de revalorisation des biotopes d'importance nationale et des mesures en faveur de la biodiversité en forêt.

La réduction et l'élimination des effets néfastes des subventions sur la biodiversité sont actuellement à l'étude dans le cadre de la mise en oeuvre du Plan d'action de la Stratégie Biodiversité Suisse.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5767 Klopfenstein Broggin

Comment le Conseil fédéral tient-il compte du climat et de la biodiversité dans les programmes d'impulsion actuels ?

Dans sa réponse à ma question 20.5616, le Conseil fédéral répond comme suit:
« Dans ce contexte, le Conseil fédéral tient déjà compte de domaines tels que le climat ou la biodiversité lors de l'examen de mesures pour stabiliser l'économie. » La réponse est peu spécifique et ne revêt pas de caractère contraignant :

- Sur la base de quels critères spécifiques relatifs à la protection du climat et de la biodiversité le Conseil fédéral décide-t-il de mesures de stabilisation exhaustives?

Réponse :

Aucun critère spécifique n'a été développé. Les effets des mesures sont évalués par le Secrétariat d'Etat à l'économie au moyen d'une étude d'impact réglementaire. Cela inclut les impacts économiques, environnementaux et sociaux.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5768 Rügger

Wann folgt die Umsetzung der im Parlament angenommene Motion 15.3491 (Darbellay/Buttet) Helikopterpilotinnen und -piloten, Verzicht auf eine Altersgrenze 60?

Die Motion 15.3491 wurde im Jahr 2016/17 im SR einstimmig, im NR mit 131:52:11 angenommen. Sie ermöglicht Helikopterpilotinnen und -piloten, ihren Beruf über das 60. Altersjahr auszuüben, dies entgegen der Verordnung (EU) Nr. 1178/2011. Piloten kommerzieller Personentransportflüge haben mit über 60 Jahren faktisch ein Berufsverbot, sie werden bei der Altersgrenze gegenüber Piloten der Rettungsflüge enorm benachteiligt. Seit bald 4 Jahren ist die Motion nicht umgesetzt. Warum? Wann erfolgt dies?

Antwort:

Die Altersbeschränkung für Pilotinnen und Piloten im gewerbsmässigen Personen- und Güterverkehr wurde im Rahmen der bilateralen Verträge von der EU übernommen; sie ist geltendes Schweizer Recht.

Seit der Annahme der Motion hat sich das Bundesamt für Zivilluftfahrt BAZL aktiv in die europäische Diskussion zwecks Anpassung der in der Verordnung (EU) Nr. 1178/2011 festgelegten Alterslimite eingebracht. Seit 2012 hat das BAZL auch wiederholt Ausnahmegesuche bei den zuständigen europäischen Organen eingereicht, sie wurden bisher mit gesundheitlichen und operationellen Auflagen bewilligt. Im Frühling 2020 hat die EU die bisherige generelle Akzeptanz dieser Ausnahmebewilligungen eingeschränkt; Ausnahmen werden nur noch für medizinische Helikoptereinsätze gewährt. Zeitlich befristete Einzelausnahmen für gewerbsmässige Flüge können durch ein Helikopter-Unternehmen dennoch beantragt werden; die Unternehmen müssen aber detaillierte Nachweise erbringen.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5783 Bourgeois **Rehaussement du barrage du Grimsel - conséquences de l'arrêt du TF**

Suite à la récente décision du TF sur le rehaussement du barrage du Grimsel je pose au Conseil fédéral les questions suivantes : quel impact cette décision a sur la stratégie énergétique et climatique, sur notre sécurité d'approvisionnement et plus particulièrement sur le développement de l'hydraulique ainsi que sur la sécurité à terme du droit ?

Réponse:

Le Conseil fédéral est d'avis que la production d'électricité hivernale au moyen de centrales hydroélectriques à accumulation doit être augmentée d'environ 2 térawattheures d'ici à 2040. Ce développement est nécessaire pour maintenir la sécurité de l'approvisionnement en électricité. Les deux projets en question, l'un concernant une centrale hydroélectrique au Trift et l'autre le rehaussement des murs du barrage du Grimsel, permettraient de stocker l'équivalent de 450 gigawattheures supplémentaires dans cette région pour l'hiver. L'arrêt du Tribunal fédéral va retarder ces projets puisque le canton de Berne devra mener une procédure coordonnant les deux projets dans son plan directeur.

Les procédures d'autorisation concernant les installations qui servent à produire des énergies renouvelables sont coûteuses et extrêmement chronophages. Le DETEC examine actuellement comment rendre ces procédures plus efficaces et plus courtes pour donner suite au postulat 19.3730, transmis par le Conseil national durant la session d'été.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5784 Bourgeois **Indemnités pour non-exploitation de la force hydraulique**

4,3 millions de francs de subventions du DETEC ont été attribués en 2019 afin d'indemniser les communes et les cantons qui ont en partie renoncé à l'utilisation de la force hydraulique. Le Conseil fédéral n'est-il pas de l'avis que ces subventions n'ont plus leur raison d'être suite à la forte augmentation ces dernières années de la redevance hydraulique en faveur des communes et des cantons qui a passé en 1997 de 54 CHF/kWB à 80 CHF/kWB, en 2010 à 100 CHF/kWB et en 2015 à 110 CHF/kWB?

Réponse :

Dans le domaine de l'utilisation de la force hydraulique, les redevances hydrauliques jouent un rôle important pour les collectivités concédantes. A la suite des discussions sur le projet hydro-électrique envisagé dans le haut plateau de la Greina (Grisons), au cours desquelles les communes ont renoncé à une utilisation de la force hydraulique et dès lors au produit de la redevance hydraulique, la Confédération a introduit des indemnités pour ces collectivités. Les communes propriétaires renoncent aux recettes de la redevance, reçoivent un montant compensatoire et protègent leurs paysages en contrepartie. Ces indemnités sont financées de manière proportionnelle par les recettes cantonales de la redevance. Elles sont liées au montant maximal de la redevance, en fonction duquel elles évoluent. C'est pourquoi les versements ont aussi augmenté avec les précédentes augmentations du taux maximal de la redevance. Le Conseil fédéral estime qu'il n'y a aucune raison de s'écarter de cette réglementation. La détermination de la redevance est une question qui doit être traitée séparément. Le Conseil fédéral élabore à cette fin un projet pour la période postérieure à 2024.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5797 Page

Plan sectoriel transports: le Conseil fédéral veut-il la décroissance de la mobilité individuelle ?

Selon le plan sectoriel transports actuellement en consultation, il faudra «[...] trouver des solutions pour faire évoluer les comportements par le biais du transfert modal et les mesures destinées à éviter certains déplacements.» (p.14) Le Conseil fédéral partage-t-il cette vision de la mobilité fondée notamment sur la décroissance de la mobilité individuelle ? Si oui, sur quelles bases légales se fonde-t-il pour imposer ce changement de paradigme à tout le pays via un simple plan sectoriel ?

Frage 20.5805 Wobmann

Sachplan Verkehr, ÖV

Eine 20-prozentige Verkehrsverlagerung vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel bedeutet eine Verdoppelung der Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsmitteln. Kann der Bundesrat die Kapazität des öffentlichen Verkehrs bis 2050 wirklich verdoppeln, um die im Sachplan Verkehr vorgesehene Verkehrsverlagerung aufzufangen? Und wie viel würde dies in Form von Investitionen und Subventionen für den öffentlichen Verkehr kosten?

Frage 20.5807 Wobmann

Sachplan Verkehr, Handlungsspielraum

Hält es der Bundesrat angesichts des Scheiterns der vom ARE verfolgten Raumplanungspolitik (Schaffung zahlreicher Blockaden, Unfähigkeit zur Umsetzung der vom Parlament beschlossenen Infrastrukturprojekte, bürokratisches System) nicht für ratsam, den Kantonen und Gemeinden im Rahmen des in Vernehmlassung befindlichen Sachplans Verkehr mehr Handlungsspielraum einzuräumen, anstatt neue Zwänge ausserhalb des Kompetenzbereichs des Bundes zu schaffen?

Frage 20.5810 Guggisberg

Sind interne und externe Kosten Sachplan-relevant?

Gemäss Sachplan sollen die Nutzenden aller Mobilitätsangebote die von ihnen verursachten, internen und externen Kosten vermehrt selber tragen. Ist die Vorgabe Sachplan-relevant?



Wenn ja, was wären die Folgen dieser Massnahme für die Nutzenden der Bahn und des öffentlichen Verkehrs, die in vielen Fällen nicht die Hälfte ihrer Verkehrskosten tragen?

Frage 20.5811 Guggisberg

Der finanzielle Rahmen als Chance von Sachplänen in der Raumplanung

Im Sachplan Verkehr (in Anhörung) nennt das UVEK keine Ziele zum effizienten Einsatz öffentlicher Mittel sowie der Kostendeckung durch die Nutzer.

Ist für den Bundesrat der Kostendeckungsgrad der Verkehrsmittel ein Kriterium bei der Priorisierung von Mobilitätsvorhaben?

Wird der Bundesrat den Sachplan Verkehr dafür nutzen, eine bessere Deckung der Gesamtkosten der Mobilität durch die Nutzer sicherzustellen?

Wird er anders als das UVEK dies auch in den Unterlagen zum Sachplan ausweisen?

Frage 20.5823 Bregy

Eine zeitliche und räumliche Lenkung der Verkehrsnachfrage auf allen Staatsebenen?

Der Entwurf zur Revision des Sachplans Verkehr, Teilprogramm, der vom UVEK in die Vernehmlassung geschickt wurde, sieht vor: «Bund, Kantone und Gemeinden lenken die Verkehrsnachfrage zeitlich und räumlich.» (S. 34). Auf welcher gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Grundlage will der Bundesrat dieses neue Prinzip auf Bundesebene einführen und allen Kantonen und Gemeinden auferlegen?

Question 20.5829 Feller

Plan sectoriel des transports. Vers une centralisation des compétences au niveau fédéral?

Le plan sectoriel des transports actuellement en consultation vise une centralisation accrue des compétences au niveau fédéral, impose de nouvelles contraintes à tous les exécutifs et règle jusque dans les moindres détails des domaines relevant exclusivement de la compétence des cantons et des communes (par exemple la politique du stationnement). Le Conseil fédéral veut-il vraiment centraliser davantage les compétences au niveau fédéral en matière d'aménagement du territoire ?



Question 20.5830 Bourgeois

Coordination des aménagements nécessaires pour la mobilité à faible émissions de CO₂: Que prévoit le Conseil fédéral ?

Dans le document "Mobilité et territoire 2050 - Plan sectoriel des transports" actuellement en consultation, le Conseil fédéral prévoit-il de coordonner les infrastructures et faciliter le développement de la mobilité individuelle à faibles émissions de CO₂, en particulier les aménagements nécessaires pour la mobilité électrique et à hydrogène et si oui comment?

Frage 20.5842 Umbricht Pieren

Sachplan Verkehr

Der in die Vernehmlassung gegebene Sachplan Verkehr konzentriert sich ausschliesslich auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Was ist einerseits das Modal Split-Ziel des Bundesrates? Und auf der anderen Seite, wie wirkt sich dieser Modal Split auf die externen Kosten aus, die durch die Verkehrsträger mit der geringsten Kostendeckung für die Nutzer entstehen?

Frage 20.5854 Rösti

Sachplan Verkehr

Inwieweit spiegelt der zur Vernehmlassung vorgelegte Sachplan Verkehr die schrittweise Dekarbonisierung des Strassenverkehrs wider (28% Reduktion der CO₂-Emissionen pro effektivem Fahrzeugkilometer seit 2005)? Auf welche rechtliche Grundlage stützt sich der Bundesrat, um das Nettoziel von Null CO₂-Emissionen im Jahr 2050 als valide Entscheidungsgrundlage für ein raumplanerisches Projekt zu betrachten?

Frage 20.5857 Dobler

Sachplan Verkehr: Schafft der Bundesrat voreilig klimapolitische Tatsachen?

Der Entwurf zum Programmteil Sachplan Verkehr macht u.a. Vorgaben, die sich auf das bundesrätliche Ziel der Klimaneutralität bis 2050 beziehen. Bisher wurden dieses Ziel und die Umsetzung nicht im Parlament diskutiert. Ist der Bundesrat der Ansicht, dass ein Vorgriff auf die Umsetzungsdiskussion im Rahmen des vorliegenden Sachplan-Entwurfs gerechtfertigt ist?



Question 20.5858 Buffat

Le Conseil fédéral prévoit-il vraiment de verrouiller le développement de la mobilité individuelle motorisée ?

Le plan sectoriel des transports mis en consultation par le DETEC vise à atteindre la neutralité climatique par le transfert modal et la décroissance de la mobilité. Le Conseil fédéral prévoit-il vraiment de verrouiller le développement de la mobilité individuelle motorisée en misant sur l'opposition des modes de transport? Si non, comment prévoit-il de soutenir le développement de la mobilité individuelle, en misant notamment sur la complémentarité et les nouvelles technologies?

Question 20.5859 Nicolet

Comment le Conseil fédéral prévoit-il de financer le transfert modal prévu dans le plan sectoriel des transports actuellement en consultation?

Le projet de plan sectoriel des transports actuellement en consultation prévoit de verrouiller le développement du réseau routier et mise tout sur le transfert modal vers les transports publics ainsi que le vélo. A combien le Conseil fédéral évalue-t-il les investissements nécessaires dans les infrastructures pour absorber ce transfert modal sur les modes de transports les moins utilisés actuellement ? Comment seront-ils financés au niveau fédéral, ainsi qu'aux niveaux cantonaux et communaux ?

Frage 20.5867 Regazzi

Sachplan Verkehr: geht die individuelle Mobilität vergessen?

Im derzeit in Vernehmlassung befindlichen Sachplan Verkehr konzentriert das UVEK seine Vision von Mobilität und Multimodalität einseitig auf den öffentlichen Verkehr und das Velo, obwohl diese beiden Verkehrsmittel nur rund 20% der Mobilität ausmachen.

Frage an den Bundesrat:

Warum nicht die individuelle Mobilität in den Mittelpunkt stellen, die 75% der Mobilität ausmacht und für das Gewerbe besonders wichtig ist?

Frage 20.5870 Heimgartner

Sachplan Verkehr: Zufahrten Güterverkehr

Der Güter- und Geschäftsverkehr wird durch Staus in den Städten stark belastet. Wie sieht der derzeit in der Vernehmlassung befindliche Sachplan Verkehr vor, die möglichst zeitverzugslose, effiziente und umweltverträgliche Zu- und Wegfahrt von Lastwagen und Berufsfahrzeugen zu den Städten und damit die pünktliche Versorgung



wie auch die Entsorgung zugunsten von Wirtschaft, Gewerbe und Bevölkerung zu gewährleisten?

Frage 20.5873 Gutjahr

Einbindung der Kantone und Gemeinden in die Erarbeitung des Sachplans Verkehr

Derzeit befindet sich der Sachplan Verkehr Teil Programm in der Vernehmlassung. Wie will der Bundesrat sicherstellen, dass die Bedürfnisse der Kantone im Teil Infrastruktur Strasse berücksichtigt werden?

Question 20.5875 Grin

Le Conseil Fédéral veut-il imposer une politique de stationnement anti-voitures aux communes?

Le projet Mobilité et Territoire 2050 mis en consultation par le DETEC prévoit d'imposer que « les règles de stationnement incitent au changement vers des modes de transport à faibles émissions et peu gourmands en surface.

- Sur quelles bases légales ou constitutionnelles le Conseil fédéral se fonde-t-il pour obliger l'ensemble du pays à adopter une politique de stationnement anti-voiture.
- Ces décisions ne relèvent-elles pas de la compétence des communes ?

Frage 20.5879 Schneeberger

Sachplan Verkehr

Der Sachplan Verkehr, Teil "Programm", der derzeit vom UVEK in Vernehmlassung ist, zielt darauf ab, die individuelle Mobilität zu reduzieren, indem Staus geschaffen werden, die vom Reisen abhalten sollen. Wie hoch ist die zu erwartende Zunahme der Verkehrsüberlastung nach dem neuen Sachplan Verkehr, Teil "Programm" und welche Kosten entstehen dadurch für die Bevölkerung und die Wirtschaft?

Frage 20.5883 Imark

Sachplan Verkehr

Mit der Raumplanungspolitik des UVEK sind Bund, Kantone und Gemeinden nicht mehr in der Lage, die vom Parlament beschlossenen notwendigen Infrastrukturprojekte in einem vernünftigen Zeitrahmen umzusetzen. Was unternimmt der Bundesrat im Rahmen der Revision des Sachplans Verkehr, um sicherzustellen, dass er die künftigen Entwicklungsschritte und die für die Energiewende notwendigen Projekte,



die vom Parlament verabschiedet wurden und werden, in einer angemessenen Frist umsetzen kann?

Question 20.5898 Maitre

Le Conseil fédéral estime-t-il que la politique du stationnement fait partie de ses compétences ?

Le projet « Mobilité et territoire 2050 » (plan sectoriel des transports) mis en consultation par le DETEC prévoit de dicter la politique du stationnement aux communes et cantons. S'agissant-il d'un changement de paradigme en matière de fédéralisme, le Conseil fédéral estime-t-il qu'il s'agisse désormais d'une compétence fédérale ? Et si oui, prévoit-il de consulter le Parlement avant d'imposer la vision du DETEC en matière de mobilité é tout le pays ?

Frage 20.5899 Hurter Thomas

Zug gegen Flug

Der derzeit in Vernehmlassung befindliche Sachplan Verkehr enthält eine Verpflichtung, Kurzstreckenflüge ausschliesslich auf die Schiene zu verlegen.

1. Mit welchen finanziellen Mitteln gedenkt der Bundesrat diese Verlagerung anzugehen?

2. Wie begründet der Bundesrat die Ungleichbehandlung der Verkehrsträger Schiene und Luftfahrt bei den Abgaben dort, wo die Bahn in punkto Zeit und Distanz keine Alternative zum Flugzeug darstellt?

Question 20.5900 Maitre

Plan sectoriel des transports: le Conseil fédéral prévoit-il de poursuivre le développement des infrastructures pour la mobilité individuelle motorisée à long terme?

Le plan sectoriel des transports mis en consultation par le DETEC vise à réduire le développement de la mobilité individuelle motorisée. Cependant, le transport individuel motorisé est appelé, à l'avenir, à considérablement et graduellement réduire ses impacts en termes de bruit et de pollution atmosphérique, notamment grâce à la nouvelle loi CO2. Le Conseil fédéral partage-t-il cet avis ? Et si oui, le Conseil fédéral prévoit-il de poursuivre le développement des infrastructures pour la mobilité individuelle motorisée, ce également dans les villes vis le programme d'agglomérations ?



Question 20.5901 Nicolet

Plan sectoriel des transports: Le Conseil fédéral prévoit-il de soumettre ce plan au Parlement ?

Le plan sectoriel des transports actuellement en consultation opère un virage à 180 degrés dans la politique des transports et prévoit d'être obligatoire pour la Confédération, les cantons et les communes. Le Conseil fédéral prévoit-il de soumettre ce plan au Parlement avant d'imposer cette nouvelle vision à l'ensemble du pays?

Frage 20.5906 Schilliger

Sachplan Verkehr wirklich ohne Berücksichtigung der Bedürfnisse und Effekte der Elektromobilität?

Die lärm-, schadstoff- und emissionsarme Elektromobilität wird die Verkehrspolitik ändern. Der vom UVEK in Anhörung geschickte Sachplan Verkehr erwähnt die E-Mobilität - Ausnahme E-Bikes - erstaunlicherweise nicht. Wird der Bundesrat bei seiner Behandlung des Sachplans stattdessen darauf eingehen? Teilt er die Einschätzung, dass ohne Ladestationen die Elektromobilität nicht funktioniert? Ist es nicht angezeigt, dass die Notwendigkeit von Ladestationen auch im Sachplan Verkehr abgebildet werden?

Question 20.5931 Roduit

Comment le Conseil fédéral prévoit-il répondre aux besoins des petites villes et des régions moins bien desservies par les transports publics sans adapter les offres de stationnement à la démographie?

Le projet de révision du plan sectoriel transport, partie programme mis en consultation par le DETEC, prévoit d'imposer que «l'offre de stationnement TIM [...] doit faire l'objet d'une diminution ciblée dans les centres» (p23). Le Conseil fédéral veut-il imposer une politique de stationnement aux communes ? Si oui, comment prévoit-il répondre aux besoins des petites villes et des régions moins bien desservies par les transports publics sans adapter les offres de stationnement à la démographie ?

Réponse:

Der Sachplan Verkehr, Teil Programm befindet sich derzeit bis 15. Dezember 2020 bei den interessierten Kreisen zur Konsultation und wird aufgrund der Rückmeldungen entsprechend überarbeitet. Sachpläne sind ein Instrument des Raumplanungsrechts und dienen der Koordination von Bundesinfrastrukturen untereinander und mit



den Planungen der Kantone. Sie werden vom Bundesrat in Abstimmung mit den Kantonen verabschiedet. Bei deren Erarbeitung knüpft er an seiner aktuellen Verkehrspolitik an und stützt sich auf die bestehenden gesetzlichen Grundlagen und Strategien im Bereich von Raum-, Verkehrs-, Energie- oder Klimapolitik.

Der Teil Programm des Sachplans Verkehr gibt nur den Rahmen für die Infrastrukturpolitik des Bundes vor und der Bund will damit die Zusammenarbeit zwischen den Staatsebenen verbessern. Der Teil Programm wird in den Infrastrukturteilen des Sachplans und den vom Parlament zu beschliessenden STEP-Ausbausritten sowie des Programms Agglomerationsverkehr weiter konkretisiert und diese werden dann entsprechend durch das Parlament beraten und verabschiedet.

La poursuite de cette collaboration permettra, via des échanges réguliers, d'aboutir à une compréhension commune des besoins d'action et de leurs évolutions et à une mise en œuvre efficace. La partie Programme du plan sectoriel des transports n'entraîne pas une nouvelle répartition des compétences entre les niveaux de l'État et ne limite pas le pouvoir de décision du Parlement. En ce qui concerne le stationnement, le plan sectoriel invite cantons et communes à définir des politiques de stationnement qui aillent dans le sens du fonctionnement efficace du système de transports et de la complémentarité entre les modes. L'objectif du plan sectoriel n'est pas une baisse du nombre de places de stationnement dans l'absolu mais une optimisation dans l'espace.

Der Sachplan schafft optimale Voraussetzungen zur Kombination von Verkehrsträgern und Verkehrsmitteln. Diese werden nicht gegeneinander ausgespielt. Die Erreichbarkeit aller Regionen des Landes soll sichergestellt werden. An Verkehrsdrehscheiben sollen dazu gut funktionierende Verknüpfungen zwischen den Verkehrsträgern geschaffen werden. Der Sachplan macht keine quantitativen Modalsplitvorgaben, sondern verfolgt das Ziel, alle Verkehrsträger möglichst effizient zu nutzen. Die bestehenden Verkehrsinfrastrukturen sollen zeitlich und räumlich bestmöglich ausgelastet werden, bevor weitere Ausbauten ins Auge gefasst werden. Dies ist im Sinne eines effizienten Einsatzes von Ressourcen; auch von Bundesmitteln. Dazu sind auch Massnahmen wie z. B. vermehrtes Homeoffice notwendig. Solche Massnahmen können nicht alleine vom Bund auferlegt, sondern nur gemeinsam durch Bund, Kantone, Gemeinden und Städte weiterentwickelt und umgesetzt werden.



Les opportunités et les risques en lien avec les avancées technologiques sont pris en compte afin de garantir l'efficacité du système global des transports. Ce soutien par la Confédération peut se traduire par exemple par le (co-) financement de mesures comme par exemple les projets d'agglomération ou dans le cadre de la feuille de route commune visant à promouvoir la mobilité électrique.

Die effiziente Kombination der Stärke der jeweiligen Verkehrsträger im Sachplan Teil Programm gilt nicht nur für den Personen-, sondern auch für den Güterverkehr. Ebenso könnten Kurzstreckenflüge dort auf die Bahn verlagert werden, wo dies unter Berücksichtigung von Reisezeit, Kapazitäten und Kosten-Nutzen-Überlegungen sinnvoll ist. Der Sachplan thematisiert auch, wie der Bund vermehrt externe Kosten und Nutzen aller Verkehrsträger internalisieren kann. Es ist dabei aber auch zu beachten, dass die Grundversorgung für alle Nutzenden gewährleistet bleiben muss.



Ora delle domande del 7 dicembre 2020

Domanda 20.5798 Storni

FFS Programma Railfit 20/30, dopo i macchinisti adesso mancano anche gli assistenti alla clientela: stato del programma e misure di rientro

Nel 2016 con Railfit20/30 le FFS annunciarono tagli sui costi d'esercizio per oltre 1 miliardo/anno che comportavano pure il taglio di 1600 posti di lavoro. Le conseguenze: gravi carenze di personale in particolare macchinisti e assistenti alla clientela!

1. A fronte dei problemi creati, il programma Railfit20/30 è stato abbandonato?
2. Quali settori sono stati toccati dai tagli?
3. Sono previste azioni particolari e in quali tempi per recuperare le carenze prodotte da Railfit20/30?

Risposta:

Domanda 1

Il programma Railfit 20/30 si è concluso lo scorso mese di luglio in quanto gli obiettivi prefissati sono già stati realizzati.

Domanda 2

Tutte le Divisioni e i Settori del Gruppo hanno fatto la loro parte.

Domanda 3

Le FFS dichiarano di aver progettato e condotto il reclutamento di ulteriori macchinisti e assistenti alla clientela dal 2019, di averne attualmente in formazione oltre 400 e di aspettarsi di recuperare le carenze nel corso del 2021 nonostante i ritardi dovuti al COVID-19.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5836 Giezendanner COVID-19: Spart der ÖV auf Kosten der Gesundheit?

Die SBB stellt nur an den grösseren Bahnhöfen Desinfektionsmittel zur Verfügung. In den Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs werden keine Desinfektionsmittel zur Verfügung gestellt. Wie stark haben Unfälle und Verletzungen in den öffentlichen Verkehrsmitteln zugenommen, weil sich die Passagiere aus Angst vor einer Ansteckung nicht mehr an den Griffen festhalten? Die SBB begründet dies unter anderem mit der Brandgefahr. Weshalb wird nicht auf nichtbrennbare Desinfektionsmittel zurückgegriffen?

Antwort:

Die SBB hat keine Anzeichen, dass die Unfälle und Verletzungen in den öffentlichen Verkehrsmitteln seit dem Frühling 2020 zugenommen haben.

Der öffentliche Verkehr besitzt ein gültiges Schutzkonzept, das in Absprache mit dem Bundesamt für Gesundheit erarbeitet worden ist. Desinfektionsmittel in den Zügen und Bussen sind darin nicht vorgesehen. Aus Sicherheitsgründen werden wegen der Brennbarkeit keine Desinfektionsspender in Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs aufgestellt. Antivirale Desinfektionsmittel - auch gelartige Mittel - enthalten in der Regel hohe Dosen an leicht entflammbarem Alkohol.

Die SBB und die anderen Transportunternehmen des öffentlichen Verkehrs gewährleisten mittels intensiverer Reinigung, dass die Kundinnen und Kunden sicher unterwegs sind. Wo möglich werden die Hygieneregeln unterstützt, indem in den Reisezentren und an den Eingängen zu grösseren Bahnhöfen Desinfektionsspender aufgestellt werden.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5843 Töngi Verschlechterung Velotransport in Zügen

Die SBB kündigte an, ab Frühling auf allen IC Strecken und weiteren Interregio Verbindungen für den Velotransport eine kostenpflichtige Reservation einzuführen. Diese führt zu viel höheren Transportkosten und verkompliziert die Velomitnahme, da das heutige Reservationssystem nicht kundenfreundlich ist.

Sieht der Bundesrat als Eigner der SBB Möglichkeiten, auf eine genügend grosse Anzahl Veloplätze hinzuwirken, damit diese Reservationspflicht nicht nötig wird?

Antwort:

Der neue Artikel 23a des Personenbeförderungsgesetzes verpflichtet die Transportunternehmen, geeignete Voraussetzungen für den Transport von Fahrrädern in Zügen und Bussen zu schaffen, sofern die Fahrräder leicht zu handhaben sind, der Verkehr nicht beeinträchtigt wird und die Fahrzeuge dafür geeignet sind. Für den Transport begleiteter Fahrräder darf ein Fahrpreis erhoben werden. Diese neue Bestimmung tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

Der Bundesrat erwartet als Eigner von der SBB, dass sie für ihre Kundinnen und Kunden attraktive, sichere, pünktliche und qualitativ hochwertige Mobilitätslösungen erbringt. Dabei soll sie auf einen einfachen und kundenfreundlichen öffentlichen Verkehr hinwirken. Die Schaffung der Voraussetzungen für den Fahrradtransport in den Zügen, die Festlegung des Fahrpreises sowie die organisatorische Abwicklung sind operative Aufgaben des Unternehmens.

Die SBB hat mitgeteilt, dass sie im Dialog mit Velo-Interessenvertretern und zusammen mit der ÖV-Branche das Ziel hat, die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden besser zu erfassen und gemeinsam Lösungen für ein kundenfreundlicheres Angebot zu erarbeiten. Auf den wichtigsten Verbindungen wird die SBB zusätzliche Veloplätze schaffen.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5861 Fluri

Intermodale öV-Drehscheibe Schönenwerd: Abrupter Stopp durch das BAV

Seit 2012 planen die Gemeinde Schönenwerd, SBB, Kt. SO und regionale Busbetriebe die intermodale öV-Drehscheibe i.V.m. dem BehiG-gerechten Umbau des Bahnhofs. 2019 hat die Gemeinde den Kredit beschlossen. Das Projekt ist seit Sommer 2020 zur gemeinsamen öffentlichen Auflage mit der SBB bereit. Nun hat das BAV das SBB-Projekt auf 2027 verschoben. Damit werden Drehscheibenfunktion und BehiG-Ausbau hinausgezögert und das Projekt teurer. Hält der BR dieses Vorgehen für fair und zielführend?

Antwort:

Im Bahnhof Schönenwerd sind zwei Projekte eng miteinander verbunden: Gemäss Plangenehmigungsunterlagen würde eine isolierte Ausführung des Projekts «Bahnzugang BehiG» bedeuten, dass die Perronanlage entlang von Gleis 1 nach sehr kurzer Zeit wieder anzupassen wäre. Das Projekt «Schönenwerd West: zwei Wendegleise 320 Meter» aus dem Strategischen Entwicklungsprogramm der Eisenbahninfrastruktur führt dazu, dass das Gleis 1 in Richtung Westen angepasst werden muss. Da diese beiden Projekte innerhalb von nur fünf Jahren umgesetzt werden sollen, sind die Mehrkosten von zwei Baustellen im selben Perimeter nicht verhältnismässig. Die Umsetzung der Massnahmen, welche für die Realisierung der «Intermodalen öV-Drehscheibe» notwendig sind (Abbruch WC, Dach, Anpassung Fahrleitungsmasten, Neubau WC-Kabine) können unabhängig der beiden Projekte umgehend angegangen werden. Die BehiG-Konformität ist bis zur definitiven Realisierung durch Ersatzmassnahmen sichergestellt.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5865 Jauslin

Bleibt die Unabhängigkeit der Aufsichtsbehörde gewahrt?

Unter der Bezeichnung SUSI betreibt das BAZL eine Public-Private Partnership, an der namhafte Firmen aus der Drohnenindustrie beteiligt sind (u.a. Microsoft, Airbus). Das BAZL unterhält dazu eine Website (SUSI. SWISS), stellt eine Secretary General zur Verfügung und leitet Webinare.

Auf welcher Rechtsgrundlage basiert SUSI?

Sind solche Aktivitäten mit den Aufgaben einer Aufsichtsbehörde vereinbar?

Wie wird SUSI finanziert?

Ist der Bund an anderen, ähnlichen PPP beteiligt und wenn ja, an welchen?

Antwort:

SUSI ist ein Zusammenschluss von Personen des Privatrechts und benötigt als solcher keine spezifische Rechtsgrundlage im öffentlichen Recht des Bundes. Die Zusammenarbeit des BAZL mit SUSI stützt sich auf Art. 57 Abs. 1 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes, RVOG. Dieser Artikel hält fest, dass Bundesrat und Departemente zur Beratung Organisationen beiziehen können, die nicht der Bundesverwaltung angehören.

Es werden keinerlei hoheitliche Befugnisse des BAZL auf SUSI übertragen. Die Aktivitäten von SUSI haben auch keinen Bezug zu den Aufsichtsaufgaben des Amtes.

SUSI dient primär der Informationsgewinnung und ermöglicht namentlich, dass sich das Amt auf künftige Aufgaben besser vorbereiten kann.

SUSI verfügt über kein eigenes Budget. Seine Funktion wird durch die Aktivitäten der Mitglieder getragen. Das BAZL leistet keine finanziellen Beiträge an SUSI, führt aber zur Sicherung seines Wissens ein Sekretariat mit rund 0.05 FTE.

Vergleichbare Zusammenarbeitsformen gestützt auf Art. 57 Abs. 1 RVOG dürften in den Departementen verbreitet sein. Über ein Gesamtverzeichnis verfügt der Bundesrat nicht.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5882 Klopfenstein Broggin **Transport entravé des vélos dans les trains**

Les CFF ont annoncé l'obligation de réservation payante pour le transport de vélo sur toutes les lignes IC et InterRegio dès le printemps 2021, avec comme conséquence une augmentation des coûts de transport et un accès entravé au train, notamment en raison d'un système de réservation compliqué.

Cette augmentation des coûts et l'accès au train plus difficile pour les cyclistes ne sont-ils pas en contradiction avec l'engagement du Conseil fédéral pour rendre le vélo plus attrayant (arrêté vélo)?

Question 20.5895 Pasquier

Ne faut-il pas encourager l'élan populaire pour le voyage en train et vélo plutôt que le freiner?

Confronté au succès du transport de vélos cette année, plutôt que d'étoffer l'offre, les CFF annoncent une augmentation des contraintes. Dès ce printemps, il faudra en effet acheter une réservation en plus du billet sur toutes les lignes IC et Interregio. Le Conseil fédéral considère-t-il que cette stratégie est opportune? Est-il prêt à discuter avec les CFF cette mesure qui réduit clairement l'attrait du transport du vélo ?

Réponse :

Depuis plusieurs années, le Conseil fédéral s'efforce d'augmenter le trafic cycliste. À cette fin, il veut créer les conditions les plus favorables possibles au niveau fédéral. Le 23 septembre 2018, l'arrêté fédéral concernant les voies cyclables et les chemins et sentiers pédestres a été adopté par le peuple et les cantons. La Confédération peut désormais définir des principes applicables aux réseaux de voies cyclables, soutenir des mesures émanant des cantons, des communes et d'autres intervenants et les coordonner.

Le nouvel art. 23a de la loi du 20 mars 2009 sur le transport de voyageurs oblige les entreprises de transport à créer des conditions appropriées pour le transport de bicyclettes dans les trains et les bus, à condition que les bicyclettes soient faciles à

manipuler, que cela ne porte pas préjudice au transport et que les véhicules soient adaptés à cet effet. Un paiement peut être exigé pour le transport des vélos accompagnés. Cette nouvelle disposition entre en vigueur le 1^{er} janvier 2021.

En tant que propriétaire, le Conseil fédéral attend des CFF qu'ils offrent à leurs clients des solutions de mobilité attrayantes, sûres, ponctuelles et de haute qualité. Ce faisant, ils devraient agir afin de proposer des transports publics simples et conviviaux. Créer les conditions nécessaires au transport de vélos dans les trains, fixer les tarifs et organiser les procédures sont des tâches opérationnelles de l'entreprise, que les CFF doivent accomplir en tenant compte des besoins des différents groupes d'ayants-droit.

Les CFF ont déclaré que leur objectif est de dialoguer avec des représentants des secteurs du vélo et des transports publics afin de mieux prendre en compte les besoins des clients et de développer conjointement des solutions pour un service plus convivial. Les CFF vont créer des places supplémentaires pour les vélos sur les lignes principales. Ils élaborent actuellement les modalités techniques et financières de la mise en œuvre, y compris le coût de la réservation, et en discuteront avec les représentants des intérêts en présence au printemps 2021.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5894 Pasquier Des camions non polluants, vraiment ?

Les émissions des véhicules lourds sont multiples : outre celles rejetées par les pots d'échappement, il y a les émissions sonores et le rejet de particules fines émises par l'abrasion des pneus.

Le Conseil fédéral ne fait-il pas un raccourci trompeur lorsqu'il désigne les véhicules utilitaires à propulsion alternative en tant que «véhicules utilitaires lourds non polluants», comme il le fait dans la consultation relative à la modification de la LCR et autres ordonnances ?

Réponse :

Dans le cadre de la consultation relative à la révision partielle de la loi fédérale sur la circulation routière, de la loi sur les amendes d'ordre et de huit ordonnances, le Conseil fédéral propose des mesures pour réduire les émissions de CO₂ des véhicules utilitaires. Le terme « véhicules utilitaires lourds non polluants » contenu dans le dossier mis en consultation se rapporte donc uniquement au système de propulsion. Le Conseil fédéral est conscient du fait que les véhicules utilitaires produisent également d'autres émissions (bruit, particules fines), mais celles-ci ne font pas l'objet de la consultation.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5896 Pasquier

L'allongement des camions proposé par le Conseil fédéral pour améliorer l'aérodynamique et considérer le réservoir d'hydrogène est-elle compatible avec la politique de transfert du fret vers le rail?

La consultation relative à la modification de la LCR et de huit ordonnances prévoit d'augmenter la taille et le poids des camions - fixé par la loi depuis 2013 - pour les véhicules à propulsion alternative. Sont considérés l'allongement des cabines, l'ajout de becquets et la question des réservoirs H.

Le Conseil fédéral s'est-il assuré que cela ne porte pas préjudice à leur transférabilité ?

Que le chargement de camions non-grutables sur la chaussée roulante n'en serait pas péjoré ?

Réponse :

Les modifications proposées par le Conseil fédéral n'affectent pas l'objectif de transfert modal. En effet, ces modifications techniques n'engendreront pas d'augmentation des capacités de chargement ; l'allongement des véhicules n'empêchera pas leur chargement sur la chaussée roulante (cf. modification de l'article 9, alinéa 1 de la loi fédérale sur la circulation routière [LCR]).



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5897 Roth Pasquier

Covid-19: la Suisse a-t-elle l'intention de promouvoir la mise en place d'un système de surveillance des eaux usées à l'échelle nationale ?

Les chercheurs suisses ont mis en évidence que le SRAS-CoV-2 était détectable dans les eaux usées. La prochaine étape consiste à exploiter ces données pour

1) mieux comprendre l'épidémie,
2) développer un système de surveillance indépendant, non invasif, rentable et complémentaire, afin de détecter par exemple de nouvelles vagues ou des mutations du virus.

Quand et comment le gouvernement entend-il mettre en œuvre à l'échelle nationale un système de surveillance des eaux usées ?

Réponse :

Un projet de recherche de l'École polytechnique fédérale de Lausanne et de l'Institut fédéral suisse des sciences et technologies de l'eau étudie actuellement des échantillons d'eaux usées en Suisse afin d'y déceler d'éventuelles traces de SARS-CoV-2. Selon les connaissances actuelles, les eaux usées pourraient être utilisées dans le cadre d'un système d'alerte précoce. Des évaluations sont en cours pour déterminer dans quelle mesure ces eaux pourraient permettre d'estimer le nombre de personnes infectées et l'évolution de la pandémie.

Le Conseil fédéral soutient le développement de ce procédé et examine l'opportunité de mettre en place un système de suivi national des eaux usées. Le calendrier n'est pas encore fixé.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5909 Jauslin

Warum setzt sich der Bundesrat nicht für eine Beibehaltung der höheren Altersgrenze für Helikopterpiloten*innen ein?

Die EU machte für die Schweiz eine Ausnahme: Helikopterpiloten*innen fliegen bei uns gewerblich bis 65. Jetzt will die EU nicht mehr und der Bundesrat setzt in voraus-eilender Gehorsamkeit um. Er grounded ohne Not die erfahrenen 60+ Piloten*innen. Gleichzeitig findet in der EU mit Beteiligung der Schweiz eine Überprüfung der Verordnungen betreffend Altersgrenzen statt. Warum bringt sich der Bundesrat nicht proaktiv ein, damit Helikopterpiloten*innen in der Schweiz weiterhin bis 65 fliegen können?

Frage 20.5915 Candinas

Ist es dem Bundesrat egal, dass Helikopterpiloten ab Alter 60 nicht mehr fliegen dürfen und deswegen arbeitslos werden?

In den letzten 6 Jahren hatte die CH eine Ausnahme der EU. Helikopterpiloten durften bis 65 fliegen. Nun will die EU keine Ausnahme mehr zulassen und hält am Pilotenalter 60 fest. Der Bundesrat hat mit der angenommen Motion 15.3491 den klaren Auftrag, diese EU-Regelung nicht umzusetzen. Warum ist der Bundesrat mutlos und verhindert diese absurde Regelung nicht, indem er CH-Piloten bis 65 weiterfliegen lässt, um so die Sicherheit des Flugbetriebs mit 60+ Piloten gegenüber der EU zu beweisen?

Antwort:

Die europäischen Bestimmungen zum Pilotenalter 60 (Verordnung [EU] Nr. 1178/2011) sind seit dem 15. Mai 2012 in der Schweiz in Kraft. Es handelt sich somit um geltendes und direkt anwendbares Recht. Würde sich die Schweiz nicht an diese Regeln halten, so riskierte sie den Verlust der gegenseitigen Anerkennung von Lizenzen.

Wie in der Antwort auf die Frage 20.5768 Rüeegg vom 30.11.2020 dargelegt, wurden alle Möglichkeiten im Rahmen des geltenden Rechts ausgeschöpft, das BAZL hat von den Ausnahmegewilligungen der Europäischen Agentur für Flugsicherheit EASA Gebrauch gemacht. Im Frühling 2020 hat die EU die bisherige generelle Akzeptanz dieser Ausnahmegewilligungen eingeschränkt; Ausnahmen werden nur noch



für medizinische Helikoptereinsätze gewährt. Festzuhalten ist erneut, dass die Helikopterpilotinnen und -piloten nur im gewerbsmässigen Personen- und Gütertransport (Commercial Air Transport) der Altersgrenze unterliegen. Zeitlich befristete Einzelausnahmen können durch ein Helikopter-Unternehmen dennoch beantragt werden; die Unternehmen müssen aber detaillierte Nachweise erbringen. Andere Flugoperationen sind weiterhin bis 65 möglich.

Den Helikopterfirmen ist seit Jahren bekannt, dass die Altersbeschränkung geltendes Recht ist.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5913 Glättli

Mit einer Solaroffensive als Corona-Impulsprogramm Klimaschutz-Jobs schaffen

Zur Bewältigung der zweiten Welle schlagen wir GRÜNE eine beschäftigungswirksame und zukunftsweisende Solarenergie-, Bildungs- und Careoffensive vor. Ist der Bundesrat bereit, die Förderung von erneuerbarem Strom rasch zu verdoppeln oder massiv zu erhöhen, um die bestehende Warteliste von umsetzungsbereiten Projekten rasch abzubauen, die Energiewende voranzutreiben und gleichzeitig neue Stellen zu schaffen? Falls nein: Wieso nicht? Plant er andere ökologische Investitionsprogramme?

Antwort:

Dem Bundesrat ist es ein Anliegen, dass trotz der Corona-Krise weiterhin in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und die Biodiversität investiert wird. Aus diesem Grund hat das UVEK in den Bereichen Photovoltaik und Stromeffizienz bereits zusätzliche Fördermittel freigegeben. Im nächsten Jahr wird der Ausbau der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien weiter verstärkt – vor allem bei der Sonnenenergie. 2021 stehen aus dem Netzzuschlagsfonds für die Förderung der Photovoltaik 470 Millionen Franken zur Verfügung. Damit kann erstmals die Warteliste für Einmalvergütungen für Photovoltaikanlagen komplett abgebaut werden. Ab Oktober 2021 verbleibt nur noch eine Bearbeitungszeit von rund 3 Monaten. Wie bereits in seinen Stellungnahmen auf die Motion 20.3382 und die dringliche Interpellation 20.1038 der Grünen Fraktion erläutert, erachtet der Bundesrat ein zusätzliches Impulsprogramm aufgrund der Pandemie derzeit nicht als notwendig. Die Situation wird aber selbstverständlich laufend überprüft. Mittelfristig will der Bundesrat den Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich stärken. Er wird dem Parlament zu diesem Zweck bis Mitte 2021 Änderungen des Energie- und des Stromversorgungsgesetzes unterbreiten.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5918 Trede

Verschlechterung Velotransport in Zügen: Kosten für Velotransport zu hoch

Die SBB kündigte an, ab Frühling auf allen IC Strecken und weiteren Interregio Verbindungen für den Velotransport eine kostenpflichtige Reservation einzuführen. Diese führt zu höheren Transportkosten und verkompliziert die Velomitnahme, da das heutige Reservationssystem nicht kundenfreundlich ist.

Wie beurteilt der Bundesrat den Aufschlag auf 10.- des Velotransports für einen Weg für Einzelpersonen und weit höheren Kosten für eine Familie? Welche Überlegungen für tiefere Preise macht er sich?

Antwort:

Der neue Artikel 23a des Personenbeförderungsgesetzes verpflichtet die Transportunternehmen, geeignete Voraussetzungen für den Transport von Fahrrädern in Zügen und Bussen zu schaffen, sofern die Fahrräder leicht zu handhaben sind, der Verkehr nicht beeinträchtigt wird und die Fahrzeuge dafür geeignet sind. Für den Transport begleiteter Fahrräder darf ein Fahrpreis erhoben werden. Diese neue Bestimmung tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

Der Bundesrat erwartet als Eigner von der SBB, dass sie für ihre Kundinnen und Kunden attraktive, sichere, pünktliche und qualitativ hochwertige Mobilitätslösungen erbringt. Dabei soll sie auf einen einfachen und kundenfreundlichen öffentlichen Verkehr hinwirken. Die Schaffung der Voraussetzungen für den Fahrradtransport in den Zügen, die Festlegung des Fahrpreises sowie die organisatorische Abwicklung sind operative Aufgaben des Unternehmens.

Bisher besteht auf zwei Linien des Fernverkehrs eine Reservationspflicht, in den ICN-Zügen am Jurasüdfuss und den Zügen durch den Gotthard-Basistunnel. Diese Veloplatzreservation kostet derzeit 5 Franken zusätzlich zum Velobillett. Ein Zuschlag von 10 Franken wird nur dann verlangt, wenn in den reservationspflichtigen Zügen keine Reservation vorgewiesen werden kann. Wie die Reservationspflicht ab Frühling 2021 im Fernverkehr ausgestaltet sein wird, ist noch nicht bestimmt.

Die SBB hat mitgeteilt, dass sie im Dialog mit Velo-Interessenvertretern und zusammen mit der ÖV-Branche das Ziel hat, die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden besser zu erfassen und gemeinsam Lösungen für ein kundenfreundlicheres Angebot zu erarbeiten. Die SBB ist derzeit daran, die technischen und finanziellen Modalitäten der Umsetzung auszuarbeiten, u.a. auch die Kosten der Reservation, und sie wird diese mit den Interessenvertretern im Frühling 2021 besprechen.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5919 Pasquier

Particules fines: un tueur majeur à combattre

Le 19 novembre, la Confédération a communiqué une découverte de l'Institut Paul Scherrer, selon laquelle la quantité de particules fines n'est pas le seul facteur déterminant pour leur nocivité, le potentiel oxydatif est crucial. «Nos résultats montrent que, selon les circonstances, la seule régulation des quantités de particules fines n'atteint pas son objectif» conclut le communiqué.

Le Conseil fédéral prévoit-il une adaptation rapide des normes pour prendre en compte cette découverte ?

Réponse :

Les valeurs limites d'immissions de l'ordonnance sur la protection de l'air (OPair) correspondent aux recommandations de l'Organisation mondiale de la santé (OMS). Ces valeurs limites ont été mise à jour en 2018. L'OMS procède actuellement à une réévaluation de ces recommandations sur la base des travaux scientifiques les plus récents. A la vue de ces résultats, le Conseil fédéral examinera s'il y a lieu de modifier les valeurs limites appliquées en Suisse.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5920 Munz

Fachbewilligungen bei der beruflichen Verwendung von Pestiziden

Laut Antwort des Bundesrats auf meine Frage 20.5342 soll die Abgabe von zugelassenen Pflanzenschutzmitteln für die berufliche Verwendung künftig nur noch an Personen erlaubt sein, die über eine Fachbewilligung zu deren Verwendung verfügen. Wie plant der Bundesrat auf effiziente und zeitgemässe Art und Weise sicherzustellen, dass sich Personen mit gültiger Fachbewilligung gegenüber dem Verkaufspersonal rasch und zweifelsfrei ausweisen können?

Antwort:

Der Bund plant eine Datenbank, in welcher die Personen mit gültiger Fachbewilligung registriert sind. Die Kantone als Vollzugsbehörden und die Verkaufsstellen von Pflanzenschutzmitteln werden Zugriff auf diese Datenbank haben. Personen, welche Pflanzenschutzmittel kaufen möchten, müssen sich mit einer gültigen ID ausweisen. Die Datenbank soll gemäss dem Aktionsplan Pflanzenschutzmittel voraussichtlich ab Anfang 2026 zur Verfügung stehen.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5921 von Siebenthal Zubau Biomasseanlagen im Sinne der Energieperspektiven 2050+

Am 26. November dieses Jahr hat das Bundesamt für Energie BFE die Energieperspektiven 2050+ veröffentlicht. Darin ist geplant, dass die Stromproduktion aus Biogas von heute 200 GWh auf 1200 GWh ansteigen soll. Eine vom BFE in Auftrag gegebene Studie besagt, dass mit den geplanten Investitionsbeiträgen in Zukunft kaum mehr Biogasanlagen gebaut werden.

Frage: Wie plant der Bundesrat diesen Widerspruch zu beheben und einen Zubau der Anlagen für die zusätzlich notwendige Energiemenge zu ermöglichen.

Frage 20.5922 von Siebenthal Biomasseanlagen im neuen Energiegesetz

In der Vorlage zum neuen Energiegesetz bekräftigt der Bundesrat den Willen, mit diesem Gesetz auch die Klimaziele zu erreichen. Damit gleichzeitig zu diesem Ziel der wegfallende Strom der KKW ersetzt werden kann, müssen über eine Sektorkopplung ALLE Energieformen (Wärme, Strom, Gas) berücksichtigt werden und sämtliche Technologien der erneuerbaren Energieproduktion zugebaut werden.

Frage: Wie gewährleistet der Bundesrat, dass auch Biomasseanlagen (Holz und Biogas) in der Schweiz zugebaut werden?

Antwort:

Mit der geplanten Revision des Energiegesetzes sollen die Investitionsbeiträge an die stromerzeugenden Teile von Holz-Anlagen von heute maximal 20 Prozent auf maximal 60 Prozent erhöht und neu Investitionsbeiträge für Biogasanlagen geschaffen werden. Diese Massnahmen sind für die Zeit bis 2035 ausgelegt. Die neuen Energieperspektiven sehen bis 2035 für die Stromproduktion aus Biogas eine Zunahme auf 500 GWh und für die Stromproduktion aus *allen* Biomasseanlagen eine Zunahme auf 1600 GWh vor.

Die vom BFE in Auftrag gegebene Studie betrachtet ausschliesslich die *Stromproduktion* aus Biogas-Anlagen. Diese Anlagen bieten aber verschiedene andere Potentiale, welche heute noch nicht voll ausgeschöpft werden. Zu nennen ist etwa die Wärme- und Stromproduktion mittels Wärme-Kraft-Kopplungs-Anlagen. Ausserdem, je nach Fall, besteht die Möglichkeit, die entstehende Wärme selber zu verbrauchen oder in ein Fernwärmenetz einzuspeisen. Dies trägt ebenfalls zum wirtschaftlichen Anlagenbetrieb bei.



Zusätzlich besteht im CO₂-Gesetz die Möglichkeit, mit CO₂-Kompensationsprojekten zu finanziellen Mitteln zu gelangen. Unter dem neuen CO₂-Gesetz wird der Bund zudem Anlagen zur Produktion erneuerbarer Gase mit Mitteln aus dem Klimafonds finanziell unterstützen. Mit all diesen Förderinstrumenten wird der Zubau gewährleistet.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5809 Hurni

Récoltes frauduleuses de signatures: la Suisse laissera sa démocratie s'effriter?

De nouveaux témoignages fribourgeois et lausannois font état de récoltes de signatures contre la nouvelle loi sur la rente-pont avec l'argument que c'est « pour soutenir les chômeurs en fin de droit », soit un mensonge manifeste. Or, tant le Conseil fédéral (réponses aux interventions 19.3520 et 20.3015) que le TF (146 I 126) ne semblent pas prendre la mesure du problème.

Que fera le gouvernement contre ces pratiques?

Réponse

Le délai référendaire concernant la loi fédérale du 19 juin 2020 sur les prestations transitoires pour les chômeurs âgés (LPtra) courrait jusqu'au 8 octobre 2020. Aucun référendum facultatif contre cette loi n'a été déposé à la Chancellerie fédérale jusqu'à cette date. Dans le cas d'espèce, le Conseil fédéral n'a pas connaissance de récoltes de signatures en faveur du référendum contre la LPtra qui pourraient correspondre aux reproches formulés dans le cadre de cette question.

Comme mentionné dans l'avis concernant la motion Hurni 19.4431, toute présentation erronée des enjeux, surtout si elle est faite intentionnellement, est évidemment condamnable aux yeux du Conseil fédéral. La position exprimée par le Conseil fédéral dans ce cadre n'a pas changé: les informations qui doivent légalement figurer sur chaque liste de signature permettent aux électeurs de savoir de quel référendum ou initiative il s'agit et de se renseigner sur les finalités qu'il vise. Il relève donc aussi de la responsabilité de l'électeur de s'informer avant de donner ou non sa signature.



Heure de question du 7 décembre 2020

Question 20.5888 Cottier

Impossibilité de voter pour de nombreux Suisses de l'étranger en raison des délais postaux

De nombreux Suisses de l'étranger n'ont une nouvelle fois pas été en mesure de voter lors des 2 rendez-vous civiques de cet automne 2020 en raison des délais postaux. Ces personnes sont ainsi de fait privées de la possibilité d'exercer leur droit de vote. Ce phénomène semble en augmentation en lien probablement avec la crise du COVID-19 qui affecte aussi les services postaux. Le Conseil fédéral a-t-il des chiffres, estimations ou indications quant à l'évolution du nombre de personnes concernés par ce phénomène (p. ex. via le nombre de réclamations auprès des représentations suisses?). Estime-t-il qu'une adaptation des délais d'envois serait opportun? Est-il prêt à réactiver rapidement les projets de vote électronique qui permettrait de régler cette question en ciblant en particulier les Suisses de l'étranger?

Réponse

Le Conseil fédéral ne dispose pas de données statistiques sur les Suisses de l'étranger qui rencontrent des problèmes liés à la distribution du matériel de vote (voir l'avis du Conseil fédéral à l'ip. 19.3540). Suite à la votation du 27 septembre 2020, le DFAE a mené une enquête auprès de 17 représentations hors d'Europe. Seules des plaintes occasionnelles ont été enregistrées, mais les retours semblent indiquer que la pandémie de Covid 19 a retardé la distribution, en particulier en Amérique du Sud, en Afrique, en Océanie et en Asie orientale. Le Conseil fédéral traitera la question des délais d'envoi dans le cadre du postulat 20.4348.

Le Conseil fédéral a chargé la Chancellerie fédérale de concevoir avec les cantons une restructuration de la phase d'essai du vote électronique et de lui transmettre le résultat de ses travaux pour prise de décision jusqu'à la fin de l'année 2020. Dans le cadre de cette restructuration, la transparence et la sécurité des systèmes ainsi que la participation du public et en particulier de la communauté scientifique doivent être renforcées. En ce qui concerne le vote électronique, la Confédération fixe le cadre réglementaire et est responsable des autorisations, tandis que les cantons décident de son introduction.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5795 Clivaz Christophe

Compatibilité climatique du secteur financier: il est temps d'agir!

Le test de compatibilité climatique du marché financier de l'OFEV publié le 9 nov. 2020 montre l'échec de la politique basée sur des mesures volontaires. Avec ses investissements, le secteur financier continue à promouvoir un réchauffement qui dépasse largement l'objectif climatique de l'accord de Paris. Le Conseil fédéral entend-il préparer une base légale avec des mesures contraignantes pour que les investissements du secteur financier soient compatibles avec l'objectif de l'accord de Paris?

Réponse

Die Exposition der Anlagen bzw. Hypotheken der teilnehmenden Finanzmarktakteure in Bezug auf Klimaverträglichkeit widerspiegelt naturgemäss den Stand der Schweiz und weltweit beim Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft und eine zurzeit weltweit noch unvollständige Internalisierung der Kosten der Klimaerwärmung.

Der Bundesrat sieht grosse Chancen für einen nachhaltigen Finanzplatz Schweiz. Er hat das EFD beauftragt zu prüfen, ob namentlich in den Bereichen Transparenz, Sorgfaltspflichten oder Risikobewertung aufgrund von Marktversagen regulatorischer Handlungsbedarf besteht. Die Rahmenbedingungen sollen dazu beitragen, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes stetig verbessert wird und der Finanzplatz einen effektiven Beitrag zur Nachhaltigkeit, wie den Zielen des Pariser Klimaübereinkommens, leisten kann. Der Bundesrat will noch vor Ende dieses Jahres die Vorschläge des EFD zur Kenntnis nehmen und über das weitere Vorgehen informieren.



Fragestunde vom 7. Dezember 2020

Frage 20.5891 Schläpfer Negativzinsen der SNB bei Schweizer Sparern und Sozialwerken aufheben

Die Schweizerische Nationalbank verrechnet Negativzinsen auch bei Schweizer Sparern und Sozialwerken wie AHV und BVG. Bei der letzten Frankenstärke in den 1970er Jahren wurden Negativzinsen nur auf ausländischem Kapital erhoben.

- Sieht der Bundesrat eine Möglichkeit, dass auch jetzt Negativzinse nur auf ausländisches Kapital erhoben werden?
- Falls nein, weshalb war dies in den 1970er Jahren möglich?

Antwort

Die SNB belastet weder Sparerinnen und Sparer noch Pensionskassen direkt mit Negativzinsen, da diese kein Konto bei der SNB haben; das Girokonto des AHV-Ausgleichsfonds bei der SNB ist von den Negativzinsen ausgenommen.

Was die Möglichkeit von Negativzinsen nur auf ausländisches Kapital betrifft, so legt der Bericht des Bundesrates vom 25. Mai 2016 in Erfüllung des Postulats 11.4173, «Währungspolitisches Instrumentarium», dar, dass im geltenden rechtlichen Rahmen keine Möglichkeit für die Beschränkung von Negativzinsen nur auf ausländisches Kapital mehr besteht. Mit Inkraftsetzung des neuen Nationalbankgesetzes (NBG) im Jahr 2004 wurde auf die Möglichkeit der Anordnung von Kapitalverkehrskontrollen durch den Bundesrat oder die Nationalbank explizit verzichtet. Dies nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen mit den Massnahmen der 1970-er Jahre, die sich als nur eingeschränkt wirksam erwiesen hatten. Die SNB kann den Geschäftsbanken unter geltendem Recht nicht vorschreiben, ob sie ihrerseits einen Negativzins von Kunden verlangen und sie kann keine Vorgaben machen, welche Kunden (bspw. nur ausländische) zu belasten wären.

Neben der fehlenden gesetzlichen Grundlage wäre die technische Umsetzung sehr schwierig und würde erheblichen administrativen Aufwand erfordern, da zahlreiche Umgehungsmöglichkeiten bestehen und sich Geldzuflüsse nicht ohne Weiteres dem In- oder Ausland zuordnen lassen. Nicht zuletzt könnte eine selektive Belastung ausländischer Geldzuflüsse international auf Akzeptanzprobleme stossen und der Reputation der Schweiz schaden.



Heure des questions du 7 décembre 2020

Question 20.5910 Kamerzin

Indemnisation des remontées mécaniques en cas de fermeture

Si, en fonction de l'évolution de la situation, le Conseil fédéral change d'avis et décide de fermer les domaines skiables comme ce fut le cas en mars, des indemnités sont-elles prévues pour les sociétés de remontées mécaniques, et dans l'affirmative, quels seront les montants alloués ?

Réponse

Mit der auf den 1. Dezember 2020 in Kraft getretenen Härtefallverordnung verfügen Bund und Kantone bereits über ein Instrument, um Covid-bedingte Härtefälle bei Unternehmen mit starken Umsatzeinbussen abzufedern. Aus heutiger Sicht dürfte die Härtefallverordnung in Verbindung mit der Kurzarbeitsentschädigung und dem Covid-Erwerbsersatz genügen, um Härtefälle auch im Bereich des Wintertourismus und bei Bergbahnen abzufedern, zumal der Bundesrat nicht die Absicht hat, die Skigebiete zu schliessen.



Ora delle domande del 7 dicembre 2020

Domanda 20.5924 Gysin Greta

Frontex e respingimenti illegali alla frontiera con la Turchia

Un'inchiesta giornalistica ha rilevato che l'Agenzia europea della guardia di frontiera e costiera (Frontex) è implicata in respingimenti verso la Turchia di migranti che tentano di raggiungere la Grecia via mare. Questi respingimenti violano il diritto internazionale. La Svizzera partecipa Quali accertamenti ha effettuato la Svizzera in merito? Quali saranno le conseguenze per la partecipazione della Svizzera a Frontex?

Risposta

- 1) Die Schweiz hat keine Schweizer Experten auf See im Einsatz. Deshalb hat die Schweiz keine eigenen Untersuchungen unternommen.
- 2) Die Schweiz beteiligt sich an Frontex im Rahmen ihrer Schengen-Assoziierung. Sie nimmt diese Vorwürfe sehr ernst und setzt sich im Verwaltungsrat von Frontex für eine gründliche, zeitnahe und transparente Untersuchung dieser Vorwürfe ein. Zudem appelliert die Schweiz in weiteren europäischen Gremien, in denen sie im Rahmen ihrer Schengen-Assoziierung mitwirken kann, an alle Parteien, die völkerrechtlichen Verpflichtungen jederzeit einzuhalten. Gleichzeitig anerkennt der Bundesrat, dass die Staaten an den Schengen-Aussengrenzen besonders exponiert sind und die Unterstützung aller Schengen-Staaten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Grenzschutz benötigen.



Fragestunde vom 1. Dezember 2020

Frage 20.5812 Eric Nussbaumer

Verfahren der Bundesanwaltschaft gegen russische Steuerbeamte

Kann der Bundesrat verstehen, dass viele Menschen die Absicht der Bundesanwaltschaft (BA), das Verfahren gegen russische Steuerbeamte, welche Sergei Magnitski als Diebe entlarvt hat, einzustellen und einen Teil des gestohlenen Geldes den Dieben zu überlassen, als "skandalös" empfinden? Wie erklärt sich der Bundesrat den Eindruck, die Verantwortlichen der BA hätten sich von den russischen "Kollegen" vereinnahmen lassen und hätten nun "geliefert", das heisst vom Strafverfahren abgesehen?

Antwort

Die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (AB-BA) hat die Bundesanwaltschaft (BA) ersucht, zu den Fragen Stellung zu nehmen. Die AB-BA beobachtet das Geldwäscherei-Verfahren Magnitski im Rahmen ihrer Aufsichtstätigkeit und wird sich von der BA dazu an ihrer Sitzung vom 7. Dezember 2020 informieren lassen. Die Einstellungsverfügung der BA kann von den Parteien bei der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts angefochten werden. Allfällige eigene aufsichtsrechtliche Untersuchungen könnte die AB-BA erst einleiten, nachdem die Einstellungsverfügung in Rechtskraft erwachsen ist.

Die Antwort der BA im Einzelnen:

Im Sinne einer Einordnung ist vorab folgendes festzuhalten: Die Strafbehörden sind von Gesetzes wegen in der Rechtsanwendung unabhängig und allein dem Recht verpflichtet (Art. 4 Abs. 1 der Strafprozessordnung, StPO). Die inhaltliche Kontrolle richterlicher Entscheide und von Entscheiden der BA ist gemäss Art. 26 Abs. 4 des Parlamentsgesetzes von der parlamentarischen (Ober-) Aufsicht ausgeschlossen. Diese Regelung dient unter anderem dem Schutz der eidgenössischen Gerichte und der BA vor politischer Einflussnahme. Dem Schutz der Unabhängigkeit der Strafbehörden

dient schliesslich auch das dem schweizerischen Rechtsstaat inhärente System der Gewaltenteilung.

Als unabhängige Strafverfolgungsbehörde hat die BA den gesetzlichen Auftrag der Wahrheitsfindung. Sie klärt unter Einhaltung des Untersuchungsgrundsatzes alle für die Beurteilung der Tat und der beschuldigten Person bedeutsamen belastenden und entlastenden Umstände ab. In Geldwäschereifällen ist insbesondere hinreichend zu erstellen, dass zwischen den Geldern, bezüglich derer ein Verdacht von Geldwäscherei in der Schweiz besteht, und einer Vortat, d. h. einem in der Regel im Ausland begangenen Verbrechen, ein Zusammenhang besteht. Zur Klärung einer im Ausland begangenen Vortat ist die BA auf die Rechtshilfe des betreffenden Staates angewiesen. Ohne rechtsgenügend nachgewiesenen Zusammenhang mit einer Vortat kann eine beschuldigte Person nicht wegen Geldwäscherei verurteilt werden.

Soweit sich der Tatverdacht erhärtet, verfügt oder beantragt die BA eine Verurteilung der beschuldigten Person; weiter verfügt oder beantragt sie die Einziehung der Gelder, die direkt aus einem Verbrechen stammen, oder ihre "Rückerstattung" auf dem Weg einer Ersatzforderung.

Im Strafverfahren, das Gegenstand vorliegender Frage bildet, ist die BA am Ende ihrer Untersuchung angelangt. Sie kommt zum Schluss, dass das gegen Unbekannt geführte Verfahren gemäss Art. 319 Abs. 1 StPO einzustellen ist. Die BA beabsichtigt jedoch, soweit zwischen den in der Schweiz beschlagnahmten Vermögenswerten und der in Russland begangenen Vortat ein Zusammenhang nachgewiesen werden kann, die Einziehung eines Teils der gegenwärtig beschlagnahmten Gelder zu verfügen.

Eine Einstellungsverfügung kann von legitimierten Parteien bei der zuständigen Beschwerdeinstanz angefochten werden (Art. 322 Abs. 2 StPO). Diese richterliche Kontrolle übt in Fällen der Bundesgerichtsbarkeit die Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts aus (Art. 37 Abs. 1 des Strafbehördenorganisationsgesetzes).



Fragestunde vom 2. Dezember 2020

Frage 20.5864 Ursula Schneider Schüttel

Fragwürdige Einstellung eines Geldwäschereiverfahrens

Die Bundesanwaltschaft hat kürzlich angekündigt, das Geldwäscherei-Verfahren im Zusammenhang mit dem von Sergei Magnitski aufgedeckten Diebstahl an Steuermitteln durch Moskauer Steuerbeamte einzustellen. Gelder sollen an Oligarchen zurückgegeben werden, die in den USA bereits als am Verbrechen Beteiligte entlarvt und bestraft wurden. Wie beurteilt der Bundesrat die Vorgehensweise der Bundesanwaltschaft? Sieht er Möglichkeiten, die Bundesanwaltschaft zu veranlassen, von der Einstellung abzusehen?

Antwort

Die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (AB-BA) hat die Bundesanwaltschaft (BA) ersucht, zu den Fragen Stellung zu nehmen. Die AB-BA beobachtet das Geldwäscherei-Verfahren Magnitski im Rahmen ihrer Aufsichtstätigkeit und wird sich von der BA dazu an ihrer Sitzung vom 7. Dezember 2020 informieren lassen. Die Einstellungsverfügung der BA kann von den Parteien bei der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts angefochten werden. Allfällige eigene aufsichtsrechtliche Untersuchungen könnte die AB-BA erst einleiten, nachdem die Einstellungsverfügung in Rechtskraft erwachsen ist.

Die Antwort der BA im Einzelnen:

Im Sinne einer Einordnung ist vorab folgendes festzuhalten: Die Strafbehörden sind von Gesetzes wegen in der Rechtsanwendung unabhängig und allein dem Recht verpflichtet (Art. 4 Abs. 1 der Strafprozessordnung, StPO). Die inhaltliche Kontrolle richterlicher Entscheide und von Entscheiden der BA ist gemäss Art. 26 Abs. 4 des Parlamentsgesetzes von der parlamentarischen (Ober-) Aufsicht ausgeschlossen. Diese Regelung dient unter anderem dem Schutz der eidgenössischen Gerichte und der BA

vor politischer Einflussnahme. Dem Schutz der Unabhängigkeit der Strafbehörden dient schliesslich auch das dem schweizerischen Rechtsstaat inhärente System der Gewaltenteilung.

Als unabhängige Strafverfolgungsbehörde hat die BA den gesetzlichen Auftrag der Wahrheitsfindung. Sie klärt unter Einhaltung des Untersuchungsgrundsatzes alle für die Beurteilung der Tat und der beschuldigten Person bedeutsamen belastenden und entlastenden Umstände ab. In Geldwäschereifällen ist insbesondere hinreichend zu erstellen, dass zwischen den Geldern, bezüglich derer ein Verdacht von Geldwäscherei in der Schweiz besteht, und einer Vortat, d. h. einem in der Regel im Ausland begangenen Verbrechen, ein Zusammenhang besteht. Zur Klärung einer im Ausland begangenen Vortat ist die BA auf die Rechtshilfe des betreffenden Staates angewiesen. Ohne rechtsgenügend nachgewiesenen Zusammenhang mit einer Vortat kann eine beschuldigte Person nicht wegen Geldwäscherei verurteilt werden.

Soweit sich der Tatverdacht erhärtet, verfügt oder beantragt die BA eine Verurteilung der beschuldigten Person; weiter verfügt oder beantragt sie die Einziehung der Gelder, die direkt aus einem Verbrechen stammen, oder ihre "Rückerstattung" auf dem Weg einer Ersatzforderung.

Im Strafverfahren, das Gegenstand vorliegender Frage bildet, ist die BA am Ende ihrer Untersuchung angelangt. Sie kommt zum Schluss, dass das gegen Unbekannt geführte Verfahren gemäss Art. 319 Abs. 1 StPO einzustellen ist. Die BA beabsichtigt jedoch, soweit zwischen den in der Schweiz beschlagnahmten Vermögenswerten und der in Russland begangenen Vortat ein Zusammenhang nachgewiesen werden kann, die Einziehung eines Teils der gegenwärtig beschlagnahmten Gelder zu verfügen.

Eine Einstellungsverfügung kann von legitimierten Parteien bei der zuständigen Beschwerdeinstanz angefochten werden (Art. 322 Abs. 2 StPO). Diese richterliche Kontrolle übt in Fällen der Bundesgerichtsbarkeit die Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts aus (Art. 37 Abs. 1 des Strafbehördenorganisationsgesetzes).



Fragestunde vom 2. Dezember 2020

Frage 20.5928 Sibel Arslan

Die Bundesanwaltschaft will Geldwäscherei-Verfahren Magnitski einstellen

Die Bundesanwaltschaft möchte beschlagnahmtes Geld an russische Oligarchen zurückgeben, die in den USA bereits als kriminell bezeichnet worden sind. Wie beurteilt der Bundesrat diese Absicht? Wie beurteilt er den Schaden, den die Bundesanwaltschaft damit dem guten Ruf der Schweizer Justiz und dem Kampf gegen Wirtschaftskriminalität zufügt?

Sieht er Möglichkeiten, die Bundesanwaltschaft zu veranlassen, von der Einstellung dieses Verfahrens abzusehen?

Antwort

Die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (AB-BA) hat die Bundesanwaltschaft (BA) ersucht, zu den Fragen Stellung zu nehmen. Die AB-BA beobachtet das Geldwäscherei-Verfahren Magnitski im Rahmen ihrer Aufsichtstätigkeit und wird sich von der BA dazu an ihrer Sitzung vom 7. Dezember 2020 informieren lassen. Die Einstellungsverfügung der BA kann von den Parteien bei der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts angefochten werden. Allfällige eigene aufsichtsrechtliche Untersuchungen könnte die AB-BA erst einleiten, nachdem die Einstellungsverfügung in Rechtskraft erwachsen ist.

Die Antwort der BA im Einzelnen:

Im Sinne einer Einordnung ist vorab folgendes festzuhalten: Die Strafbehörden sind von Gesetzes wegen in der Rechtsanwendung unabhängig und allein dem Recht verpflichtet (Art. 4 Abs. 1 der Strafprozessordnung, StPO). Die inhaltliche Kontrolle rich-

terlicher Entscheide und von Entscheiden der BA ist gemäss Art. 26 Abs. 4 des Parlamentsgesetzes von der parlamentarischen (Ober-) Aufsicht ausgeschlossen. Diese Regelung dient unter anderem dem Schutz der eidgenössischen Gerichte und der BA vor politischer Einflussnahme. Dem Schutz der Unabhängigkeit der Strafbehörden dient schliesslich auch das dem schweizerischen Rechtsstaat inhärente System der Gewaltenteilung.

Als unabhängige Strafverfolgungsbehörde hat die BA den gesetzlichen Auftrag der Wahrheitsfindung. Sie klärt unter Einhaltung des Untersuchungsgrundsatzes alle für die Beurteilung der Tat und der beschuldigten Person bedeutsamen belastenden und entlastenden Umstände ab. In Geldwäschereifällen ist insbesondere hinreichend zu erstellen, dass zwischen den Geldern, bezüglich derer ein Verdacht von Geldwäscherei in der Schweiz besteht, und einer Vortat, d. h. einem in der Regel im Ausland begangenen Verbrechen, ein Zusammenhang besteht. Zur Klärung einer im Ausland begangenen Vortat ist die BA auf die Rechtshilfe des betreffenden Staates angewiesen. Ohne rechtsgenügend nachgewiesenen Zusammenhang mit einer Vortat kann eine beschuldigte Person nicht wegen Geldwäscherei verurteilt werden.

Soweit sich der Tatverdacht erhärtet, verfügt oder beantragt die BA eine Verurteilung der beschuldigten Person; weiter verfügt oder beantragt sie die Einziehung der Gelder, die direkt aus einem Verbrechen stammen, oder ihre "Rückerstattung" auf dem Weg einer Ersatzforderung.

Im Strafverfahren, das Gegenstand vorliegender Frage bildet, ist die BA am Ende ihrer Untersuchung angelangt. Sie kommt zum Schluss, dass das gegen Unbekannt geführte Verfahren gemäss Art. 319 Abs. 1 StPO einzustellen ist. Die BA beabsichtigt jedoch, soweit zwischen den in der Schweiz beschlagnahmten Vermögenswerten und der in Russland begangenen Vortat ein Zusammenhang nachgewiesen werden kann, die Einziehung eines Teils der gegenwärtig beschlagnahmten Gelder zu verfügen.

Eine Einstellungsverfügung kann von legitimierten Parteien bei der zuständigen Beschwerdeinstanz angefochten werden (Art. 322 Abs. 2 StPO). Diese richterliche Kontrolle übt in Fällen der Bundesgerichtsbarkeit die Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts aus (Art. 37 Abs. 1 des Strafbehördenorganisationsgesetzes).